

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 37

Berlin, den 7. August 1943

4. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 14. 7. 43 Ausnahme vom Verbot ausländischer Druckschriften. S. 221. — RdErl. 21. 7. 43 Devisenbewirtschaftung. Zahlungsregelung für Sich.-Pol. u. SD. S. 221. — RdErl. 21. 7. 43 Verwaltungsvereinfachung; hier: Erstattung von Haftkosten an Gemeindepol. Verwaltungen. S. 222. — RdErl. 22. 7. 43 Vermißtengebühren. S. 223. — RdErl. 24. 7. 43 Anerkennungen. S. 223. — RdErl. 27. 7. 43 Aufnahme von Kriegsversehrten in die NSDAP. S. 223. — RdErl. 27. 7. 43 Verbot ausländischer

Druckschriften. S. 223. — RdErl. 29. 7. 43 „Soldatenbriefe großer Männer“. S. 223.

SD-Angelegenheiten. RdErl. 10. 7. 43 Zuteilung von Schreibpapier an SD-Dienststellen im Reich. S. 223.

Verschiedenes. RdErl. 29. 7. 43 Wohnungsfürsorge. S. 223. — Kommandoamt der Allgemeinen ff. S. 224. — Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der SPudSD. S. 224.

Sicherheitspolizei und SD

Ausnahme vom Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdL. vom 14. 7. 1943
— S IV C 3 Nr. 3107/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird das französische Schrifttum (Bücher, Broschüren und sonstige nicht-periodische Druckschriften) mit sofortiger Wirkung vom allgemeinen Verbot der Einfuhr französischer Druckschriften ausgenommen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 221.

Devisenbewirtschaftung.

Zahlungsregelung für Sicherheitspolizei und SD.

RdErl. des RSHA. vom 21. 7. 1943

— II C 24/Dev. St. Nr. 4652/43-290 b-1 —

(1) Das Oberkommando der Wehrmacht hat das nachstehend abgedruckte Merkblatt für den Truppenunterricht über Sinn und Zweck der Devisenvorschriften, insbesondere der Zahlungsregelungen für die Deutsche Wehrmacht, veröffentlicht.

(2) Die Ausführungen des Merkblatts haben sinngemäß auch für die Zahlungsregelung bei Sich.Pol. u. SD. Gültigkeit und sind entsprechend zu beachten. Den Dienststellenleitern wird zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, daß die Dienststellenangehörigen vor Antritt von Dienstreisen aus Anlaß von Abordnungen oder Kommandierungen eingehend über

die zu beachtenden Devisenvorschriften belehrt werden.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 221.

Anlage:

Merkblatt

für den Truppenunterricht über Sinn und Zweck der Devisenvorschriften, insbesondere der Zahlungsregelungen für die deutsche Wehrmacht.

Als am 30. Januar 1933 der Nationalsozialismus die Macht in Deutschland übernahm, glaubten die vor allem von Juden geführten Kreise des Auslandes, dem Reich Adolf Hitlers eine nur geringe Lebensdauer prophezeien zu dürfen. Unsere Gegner hofften, durch ihre Finanzmachenschaften das Deutsche Reich schon in kürzester Frist dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenreiben zu können. Alle Versuche, die deutsche Währung zu unterhöhlen, waren jedoch von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Eine straffe Regelung für den Devisenverkehr sowie für die Ein- und Ausfuhr von Reichsmarkzahlungsmitteln sicherte das Inland vor unerwünschten Kursbeeinflussungen und Störungskäufen, wie sie noch in der Zeit der Inflation die Regel gewesen waren.

Die Möglichkeit des stärkeren Zu- und Abfließens von Reichsmark-Zahlungsmitteln wurde jedoch größer in dem Augenblick, da deutsche Truppen die Grenzen des Reichs überschritten. Um dieser Gefahr wirksam zu begegnen, wurden für den Bereich der Wehrmacht zwei Maßnahmen getroffen:

1. Als Zahlungsmittel der deutschen Truppen wurde an Stelle der Reichsmark der Reichskreditkassenschein eingeführt.

Vermiſtengebühriſſe.

RdErl. des RSHA. vom 22. 7. 1943
— II C 2 Nr. 179/43 —

Auf den im Reichsbesoldungsblatt 1943 S. 136 abgedruckten Erl. des OKW. vom 2. 6. 1943, betr. neue Gebührnisregelung für vermiſſte Wehrmachtsangehörige, wird verwiesen und ersucht, anhand der Gebührenanweisungen usw. festzustellen, ob die Zahlung der Friedensgebühriſſe an einzelne Beamte oder nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder auf Grund einer Vermiſſtenmeldung eingestellt wurde. Ggf. sind die Friedensgebühriſſe ab 1. 4. 1943 wieder zu zahlen. Die Dienststelle, die die bisherigen Vermiſtengebühriſſe in Höhe der Versorgungsbezüge gezahlt hat, ist von der Wiederaufnahme der Zahlung der Friedensdienstbezüge zu benachrichtigen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 223.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 24. 7. 1943
— I A 1 b Nr. 123/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-
dem ~~SS~~-Obersturmführer Krim.Ob.Assistenten
Kurt Heinemeyer,
dem ~~SS~~-Sturmscharführer Krim.Sekretär Rudolf
Körner und
dem ~~SS~~-Oberscharführer apl. Krim.Assistenten
Egon Christensen
von der Dienststelle des Kommandeurs der Sich.Pol.
u. des SD Krakau

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung
für besondere Leistungen bei der Bekämpfung und
Aufrollung von Widerstandsorganisationen und Ter-
rorgruppen im Distrikt Krakau ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 223.

Aufnahme von Kriegsversehrten in die NSDAP.

RdErl. des RSHA. vom 27. 7. 1943
— I A 5 e Az.: 165 —

Der Reichsschatzmeister hat im Einvernehmen mit
dem Leiter der Parteikanzlei bestimmt:

1. Kriegsversehrte können nach ihrer Entlassung aus der Wehrmacht einen Aufnahmeantrag bei dem zuständigen Ortsgruppenleiter stellen.
2. Für die Aufnahme in die NSDAP. gelten insbesondere als Voraussetzungen eine anständige politische Haltung und weltanschauliche Bewährung, die von jedem Aufnahmebewerber gefordert werden müssen. Der in der Hitler-Jugend oder in einer sonstigen Gliederung geleistete Dienst wird regelmäßig den Maßstab für diese Voraussetzungen bilden.
3. Aufnahmeantragschein und Fragebogen sind auszufüllen und eine beglaubigte Bescheinigung über Kriegsversehrtheit ist in doppelter Ausfertigung dem Antrag beizufügen. Die Aufnahmegebühr ist zu entrichten.
4. Als Tag der Aufnahme wird der Erste des Monats festgesetzt, an dem der Aufnahmeantrag bei der Reichsleitung eingeht.
5. Kriegsversehrte hauptamtliche SD-Angehörige können Aufnahmeantrag auf dem vorgeschriebenen Dienstweg an die Ortsgruppe Braunes Haus, Sektion Berlin A, im RSHA. stellen. Die erforderlichen Aufnahmeformulare sind bei den Inspektoren und Befehlshabern der Sich.Pol. u. des SD erhältlich.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 223.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RmDI. vom 27. 7. 1943
— S IV C 3 Nr. 5429/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung

sämtlicher Schriften von Franz Carl Endreß verboten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 223.

„Soldatenbriefe großer Männer.“

RdErl. des RSHA. vom 29. 7. 1943
— IV C 3 Nr. 4709/B —

(1) In den „Vertraulichen Mitteilungen“ der Reichsschrifttumskammer vom 29. 5. 1943 für die Fachschaft Handel sind unter der Nr. 212 die Buchhandlungen versehentlich angewiesen worden, vorhandene Bestände des Buches „Soldatenbriefe großer Männer“ von Alfred Richard Meyer, Deutsche Buchvertriebs- u. Verlagsgesellschaft, Berlin, 1942, der nächsten Dienststelle der Geh. Staatspolizei abzuliefern.

(2) Etwa inzwischen abgelieferte Exemplare des Buches sind an die Absender mit dem Hinweis zurückzusenden, daß die Bücher an den Verlag einzusenden sind. Eine entsprechende Berichtigung der Anweisung Nr. 212 wird in der nächsten Ausgabe der „Vertraulichen Mitteilung“ veröffentlicht werden.

An die Geh. Staatspolizei. — Befehlsblatt S. 223.

SD-Angelegenheiten**Zuteilung von Schreibpapier an SD-Dienststellen im Reich.**

RdErl. des RSHA. vom 10. 7. 1943
— II C 4 (5 a/8) Nr. 7385/43 —

(1) In den Monaten Juni bis August 1943 werden den Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD erstmalig aus dem vom Reichsschatzmeister zur Verfügung gestellten Papierkontingent durch die Firma Kliemt, Berlin C 2, Wallstr. 20/22, folgende Papiermengen zugestellt:

- a) Durchschlagpapier, weiß (rd. 441 kg),
- b) Schreibpapier, mittelfein, weiß (rd. 758 kg).

(2) Das Papier ist für den Dienstgebrauch der einzelnen Inspektoren unterstellten SD-Dienststellen bestimmt. Die von der Lieferfirma übersandten Rechnungen fallen dem einzelnen Inspekteurbereich zur Last.

An die SD-Dienststellen im Reich.

— Befehlsblatt S. 223.

Verschiedenes**Wohnungsfürsorge.**

RdErl. des RSHA. vom 29. 7. 1943
— II C 3 Nr. 1309/42 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 5. 11. 1942 (Befehlsbl. S. 245) werden nachstehende Wohnungstauschgesuche bekanntgegeben:

124. Gesucht wird 5—6-Zim.Wohng. evtl. m. Garten od. Einfamilienhaus in Schlesien. Geboten wird 6½-Zim.Wohng. mit Zentralheizg., Bad, Warmwasser, Telefon, 2 Balkons, Fahrstuhl, in Berlin-Schöneberg, Miete 176 RM, oder gesucht 4-Zim.Wohng. in Breslau, Görlitz, oder Schweidnitz. Geboten wird 6½-Zim.-

- Wohng., 1 Balkon, in Berlin-Schöneberg, Miete 175 RM.
125. Gesucht wird 3—4-Zim.Wohng. mit Bad usw. in Hannover. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Bad, Ofenheizg., in Leslau (Warthegau), Miete monatl. 44,50 RM.
126. Gesucht wird 4½-Zim.Wohng. in Berlin, westl. Vororte möglichst mit Garten. Geboten wird 4½-Zim.Wohng. (Etagenheizg., Warmwasser, Bad, in Braunschweig.
127. Gesucht wird 2½—3-Zim.Wohng. mit Bad u. möglichst Zentralheizg. in Berlin. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Bad in Litzmannstadt.
128. Gesucht wird 2½—3-Zim.Wohng. mit Bad, mögl. Zentralheizg., in Stolp u. Pom. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Bad (Neubau) in Kattowitz, Miete 45 RM.
129. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohng. mit Bad u. Zentralheizg. in Berlin oder westl. Vorort. Geboten wird 5-Zim.Wohng. mit Bad u. Etagenheizung in Magdeburg.
130. Gesucht wird 1—2-Zim.Wohng. in Zwickau, Sa. Geboten wird 2-Zim.Wohng. mit Kochecke, Innentoilette, Bad, Balkon, in Dortmund, Miete 50 RM.
131. Gesucht wird 2-Zim.Wohng., möglichst mit Zentralheizg. u. Warmwasser, in Berlin. Geboten wird 2-Zim.Wohng. (Neubau), Zentralheizung, Warmwasser, Bad, Telefon, in Frankfurt/M., Miete 62,45 RM.
132. Gesucht wird 4-Zim.Wohng. in Wien. Geboten wird 4½-Zim.Wohng. in Berlin.
133. Gesucht wird 3- oder 5-Zim.Wohng. in Potsdam oder westl. Vorort Berlins. Geboten wird 4-Zim.Wohng. mit Balkon, Bad usw., Miete 120 RM.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 223.

Kommandoamt der Allgemeinen //

Die Dienststelle des Kommandoamtes der Allgemeinen // befindet sich in den bisherigen Diensträumen des NS.-Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“ in Berlin W 30, Geisbergstr. 2, Fernruf-Nr.: 25 97 81. Postsendungen sind wie bisher an das //Führungshauptamt, Amt I, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 188, zu richten.

(I Org. Nr. 419/43-160) — Befehlsblatt 1943 S. 224.

Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD.

Zum RdErl. des RSHA. vom 14. 5. 1943

— II A 1 Nr. 900/42-151 —

Abschnitt I

Seite 1 (RF//) unter die Anschrift „Prinz-Albrecht-Straße 8“ setzen: Anruf: 12 00 40 — Fernamt: 12 64 21.

Unter die Anschrift „Unter den Linden 74“ setzen: Anruf: 12 00 34 — Fernamt: 12 00 37.

Abschnitt IV

Seite 24 (Kdr. Shitomir) beim Kdr. ändern: //Stubaf. in //O'Stubaf.

Abschnitt V

Seite 3 (StL. Bremen) bei StADSt. Wesermünde ändern: KK. in Krim.Rat.

Abschnitt VI

Seite 5 (KPSt. Braunschweig) beim Leiter streichen: //Stubaf. KD. Volkmann, dafür setzen: //Stubaf. KD. Dr. Bartmann.

Seite 3 (KPLSt. Berlin) beim Leiter ändern: //Stubaf. in //O'Stubaf.

Seite 24 (KPLSt. Halle) beim Chef streichen: //Staf. Pol.Präs. Dr. Vitzdamm, dafür setzen: //Brigf. Pol.Präs. Frh. von Malsen-Ponikau (m. d. W. d. D. b.).

Seite 28 (KPSt. Innsbruck) Anruf ändern: 2500 in 2640.

Seite 33 (KPLSt. Kattowitz) beim Chef streichen: SA-Brigf. und Pol.Präs. Metz, dafür setzen: //Brigf. und Pol.Präs. Dr. Ramsperger.

Seite 49 (KPSt. Recklinghausen) bei Gem.K. Coesfeld (Stadt) streichen: Adolf-Hitler-Straße 68 — Anruf: 380, dafür setzen: Ludwig-Knickmann-Straße (Behördenhaus) — Anruf: 500.

Seite 59 (KPLSt. Stuttgart) bei KA. Göppingen — (Leiter) — streichen: KOS. Herdeg, dafür setzen: KS. Frank (i. V.).

Seite 63 (KPSt. Troppau) beim Chef streichen: //Staf. k. Pol.Dir. Pruchnow, dafür setzen: Reg.-Vizepräs. Dr. Schönberg (i. V.).

Seite 65 (KPLSt. Wien) Anruf des Chefs ändern: A 19 500 in R 57 500. Der Anruf der KPLSt. A 18 500 bleibt bestehen.

Abschnitt VII

Seite 6 (SD.-LA. Breslau) bei SD.-AST. Schweidnitz streichen: Rathaus — Anruf: 27 41, dafür setzen: Adolf-Hitler-Platz 14 (Landgericht Z. 42) — Anruf: 24 54.

Seite 11 (SD.-A. Frankfurt a. M.) bei SD.-AST. Hersfeld hinzusetzen: Anruf: 926.

Seite 22 (SD.-LA. Königsberg) SD.-AST. Labiau mit Anschrift und Anruf streichen, dafür setzen: Aufgaben werden von der SD.-AST. Tilsit übernommen.

Seite 27 (SD.-LA. Nürnberg) beim Leitabschnittsführer ändern: //Stubaf. in //O'Stubaf.

Bei SD.-AST. Weissenburg streichen: Loberstraße 2/I, dafür setzen: Dr. Dörfler-Str. 10.

Seite 28 (SD.-LA. Posen): In Spalte „SD.-HAST.“ einsetzen: Posen, Wilhelmplatz 11 — Anruf: 35 37/38 — FS. über Stapo) Leiter: //Stubaf. Uhle.

Bei SD.-AST. Kolmar Anruf ändern: 12 in 224. Bei SD.-AST. Lissa streichen: Schwetzkauer Straße 72 — Anruf: 215, dafür setzen: Hindenburgplatz 4 — Anruf: 615 —.

SD.-AST. Posen mit Anschrift und Anruf streichen.

Seite 31 (SD.-A. Saarbrücken) bei SD.-AST. Saarbrücken streichen: Trillerweg 38 — Anruf: 26751/52, dafür setzen: Viktoriastr. 10 — Anruf: 22718.

Abschnitt VIII

Seite 1 (UWZ. Posen) bei Außenstelle Hohensalza streichen: Windhut b. Bartelstein — Anruf: Bartelstein 61, dafür setzen: Hohensalza, Georgenstraße 42 — Anruf: 1210.

Abschnitt IX

Seite 3 (H//uPF.) beim Beauftr. für Kroatien Briefkopf ändern in: Der Beauftragte des Reichsführers-// beim Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien. Ferner ändern: //Brigf. in //Gruf. Gen.Ltn.d.Pol.

Abschnitt X

Seite 6 streichen: Labiau SD.-AST. VII 22.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt 1943 Nr. 37 S. 224.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 38

Berlin, den 14. August 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Walter Dockal, Dr., SS-Mann, SD-Leitabschnitt Kattowitz, im November 1941

Benno Kukawka, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Kriminalpolizeistelle Recklinghausen, im Juli 1943

Hans Gietzelt, SS-Untersturmführer, Inspekteur Königsberg, im Juli 1943

Paul Krause, SS-Oberscharführer, SD-Abschnitt Halle, im Juli 1943

Otto Hornung, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Stuttgart, im Juli 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Wilhelm Blum, SS-Sturmbannführer, Kriminaldirektor, Staatspolizeistelle Prag, im Juli 1943

Hermann Futterleib, Kriminalangestellter, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Radom, im Juli 1943

Otto Tausch, Staffelhauptstabsführer, Kriminalsekretär, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg, im Juli 1943

Willi Reißmann, SS-Oberscharführer, Kriminalangestellter, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, im Juni 1943

Julius Schmidt, SS-Bewerber, Kriminalobersekretär, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im Juli 1943

Karl Endemann, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Linz, im Juli 1943

Johann Borzestowski, Angestellter, im Gefängnisaufsichtsdienst, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im Juli 1943

Otto Kipka, SS-Sturmbannführer, SD-Abschnitt Koblenz, im Juli 1943

Hubert Kuhna, Kriminaloberassistent, Kriminalabteilung Sosnowitz, im Juli 1943

bei feindlichen Terrorangriffen auf das Reichsgebiet:

Martin Kadach, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeistelle Düsseldorf, im Juni 1943

Gustav Burmeister, SS-Scharführer, Angestellter im Polizeigefängnisdienst, Staatspolizeistelle Hamburg, im Juni 1943

Friedrich Pentinghaus, Kriminalsekretär, Staatspolizeistelle Düsseldorf, im Juni 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Obergruppenführer und General der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 30. 7. 43 Bewirtschaftung von Haushaltsgeräten aus Eisen und Metall. S. 226. — RdErl. 31. 7. 43 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 226. — RdErl. 31. 7. 43 Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen für den Verkehr bei Fliegeralarm. S. 226. — RdErl. 3. 8. 43 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 227. — RdErl. 4. 8. 43 Bewerbungen für die Laufbahnen

in der Sich.Pol. u. dem SD, hier: Vorlage von Urkunden und Zeugnissen. S. 227. — RdErl. 9. 8. 43 Kommandierte der Waffen-ff. S. 227.

Verschiedenes. RdErl. 3. 8. 43 Erholungs- und Kameradschaftsheim der Sich.Pol. u. des SD. S. 227. — RdErl. 8. 8. 43 Künftige Bezeichnung der „Präsidialkanzlei“. S. 228. — Verlust von Ausweisen. S. 228. — Anschriftenänderung. S. 228.

Personalmitteilungen. S. 228.

Sicherheitspolizei und SD

Bewirtschaftung von Haushaltsgeräten aus Eisen und Metall.

RdErl. des RSHA. vom 30. 7. 1943

— II C 3/3 Nr. 3483/43-264-2 —

(1) Die Anordnung V/43 der Reichsstelle für technische Erzeugnisse vom 10. 4. 1943 (Reichsanz. Nr. 84) bestimmt, daß nachstehend aufgeführte bezugsscheinpflichtige Erzeugnisse aus Eisen und Metall an Verbraucher, die zugleich Kontingenträger sind, nur gegen Bezugsschecks geliefert oder von ihnen bezogen werden dürfen:

Bratpfannen	22 cm	1 kg
	28 cm	1 kg
Eimer verzinkt	30 cm	3 kg
„ emailliert	28 cm	2 kg
Essenträger oval	—	1 kg
„ gerade	—	1 kg
Geschirrspülwanne	40 cm	2 kg
Kochtöpfe niedrige Form		
Inh. 2 Ltr.	16 cm	1 kg
„ 3 ³ / ₄ Ltr.	20 cm	1 kg
„ 6 Ltr.	24 cm	1,5 kg
„ 9,5 Ltr.	28 cm	2 kg
Kochtöpfe hohe Form		
Inh. 4 Ltr.	16 cm	1 kg
„ 5 ¹ / ₂ Ltr.	20 cm	1 kg
„ 8 ¹ / ₂ Ltr.	24 cm	2 kg
„ 13 ¹ / ₂ Ltr.	28 cm	2,5 kg
Schüsseln flache Form	24 cm	0,5 kg
„ „ „	32 cm	1 kg
„ „ „	36 cm	1 kg
Schüsseln hohe Form	24 cm	0,5 kg
„ „ „	32 cm	1 kg
„ „ „	36 cm	1,5 kg
Wannen	50 cm	4 kg
	70 cm	7 kg
Waschwannen emailliert	60 cm	5 kg
Waschtöpfe „	36 cm	5 kg
Wasserkessel	22 cm	1,5 kg
	28 cm	2,5 kg
Elektrohaushaltsgeräte		
Fleischtopfe	16 cm	2,5 kg
	20 cm	4 kg
	24 cm	5 kg
Gemüsetöpfe	16 cm	2,5 kg
	20 cm	4 kg
	24 cm	7 kg
Schmortöpfe	16 cm	2 kg
	20 cm	3 kg
	24 cm	4 kg

Stahlblechpfannen m. Stiel	20 cm	3 kg
	24 cm	3 kg
	28 cm	3 kg

Die Bewirtschaftung weiterer Haushaltsgeräte ist geplant.

(2) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD (ohne Kripo) beantragen Bezugsschecks bei Bedarf beim RSHA. — Ref. II C 3 —.

(3) Die Anträge müssen folgende Angaben enthalten:

1. Stückzahl
2. Art und Größe des Geräts
3. Einzelgewicht
4. Gesamtgewicht

(4) Die Anträge auf Ausfertigung von Bezugsschecks sind nach Lieferfirmen zu unterteilen, da jeder Scheck nur zum Einkauf bei einer Firma berechtigt.

An Sich.Pol. u. SD — Befehlsblatt S. 226. (ohne Kripo, jedoch mit Kripo Prag und Brünn)

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. im RMDI. vom 31. 7. 1943
— S-IV C 3-3640/F —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitschrift ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Slowakische Rundschau“ — Preßburg —.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 226.

Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen für den Verkehr bei Fliegeralarm.

RdErl. des RSHA. vom 31. 7. 1943

— II D 3 a (3) Nr. 855/43 —

(1) Im Hinblick auf die vermehrten Luftangriffe und die erhöhte Tätigkeit der Stapo(leit)stellen hat es sich als notwendig erwiesen, über die in den Erl. des RFH u. ChdDtPol. vom 19. 8. 38 — SV 9 Nr. 2188/38 IV A — und des RSHA. vom 5. 6. 41 — II D 3 a Nr. 734/41 (nicht veröffentl.) aufgeführten Kraftfahrzeuge hinaus weitere Dienstkraftwagen mit Blaulicht auszustatten.

(2) Blaulichtscheinwerfer können zu diesem Zweck vom RSHA. — II D 3 a (3) Ma. — zum nachträglichen Einbau in Kraftfahrzeuge angefordert werden.

(3) Soweit die Kraftfahrzeuge nicht mit Pol.-Kennzeichen benutzt werden, sind die entsprechenden Berechtigungsscheine zum Führen des Blaulichts hier zu beantragen.

(4) Auf den im MBliV. S. 984 erschienenen Erl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RMdI. vom 9. 6. 43 — O-Kdo. IK (2 a) 14 Nr. 5/43, nach dem Blaulicht und Martinshorn nunmehr auch getrennt voneinander an Kraftfahrzeugen der Pol. geführt werden können, wird hingewiesen.

(5) Von der Kennzeichnung der Dienstkraftfahrzeuge der Sich.Pol. mit einem besonderen Kennzeichen gem. Erl. des Reichsverkehrsministers vom 19. 5. 43 — K 1.4015 II (RVkBl. B S. 61), dargestellt durch eine schrägliegende Fliegerbombe, wird abgesehen.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 226.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 3. 8. 1943

— IV C 3-4174/B —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) — 4174/B. — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Belzner, Emil, „Marschieren — nicht träumen“, Verlag Gebr. Enoch, Hamburg, 1931.

Cseh, Andreas, Ing., „Geheimnisse der Zahlen“, Selbstver. Druck von Julius Kittls Nachf., Mährisch-Ostrau.

Dr. med. Baumgarten, Alfred, „Gesundheit für Großstädter“, Verlag Karl Neuwihler, Bad Wörishofen, 1922.

Tockert, Joseph, „Heimat“, Verlag der Hofbuchdruckerei, V. Buck, Luxemburg, 1939.

Squibbles, Joe (Pseudonym), „We' mir eso' zefridde sin!“ Verlag Jakob Klein, 1921.

Die gemäß RdErl. vom 9. 12. 1942 (Befehlsbl. S. 365) zu beschlagnahmende Schrift „Franz Lehár“ von Stan Czech, Werk-Verlag, Berlin, ist zu streichen. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hat nachträglich den Ausverkauf der Restbestände der Schrift gestattet.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 227.

Bewerbungen für die Laufbahnen in der Sich.Pol. u. dem SD, hier: Vorlage von Urkunden und Zeugnissen.

RdErl. des RSHA. vom 4. 8. 1943

— I B 2 b Nr. 6870/43 PF/M —

Bei Neubewerbungen für die ~~W~~-Unterführer- und ~~W~~-Führerlaufbahn (leitender Dienst) der Sich.Pol. u. des SD sind bis auf weiteres keine Ahnenpässe (Ahennachweise und Originalzeugnisse) mehr anzunehmen, da diese Unterlagen bei evtl. Fliegerschäden der Vernichtung ausgesetzt sind. Es genügt eine eidesstattliche Erklärung über die deutschblütige Abstammung der Bewerber.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 227.

Kommandierte der Waffen-~~W~~.

RdErl. des RSHA. vom 9. 8. 1943

— I A 1 a Nr. 393/43 —

In Einzelfällen ist festgestellt worden, daß Kommandierte der Waffen-~~W~~ mit untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, obwohl sie nach ihrer Vorbildung und Befähigung höher zu bewertende und damit wichtigere Aufgaben im Rahmen der Sich.Pol. u. des SD erfüllen könnten. Um den erfolgreichsten Einsatz der Kommandierten der Waffen-~~W~~ zu gewährleisten, sind sie auf die Zweckmäßigkeit ihrer derzeitigen Verwendung zu überprüfen. Soweit hier nach die Übertragung anderer Tätigkeiten für möglich oder zweckdienlich erachtet wird, sind die notwendigen Maßnahmen von den Dienststellenleitern sofort zu veranlassen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 227.

Verschiedenes

Erholungs- und Kameradschaftsheime der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 3. 8. 1943

— II C 3 Nr. 1083/42 —

(1) Dem Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok steht in Druskieniki an der Memel ein Heim zur Verfügung, das von allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD zu Erholungszwecken aufgesucht werden kann. Druskieniki ist in polnischer Zeit als Badeort ausgebaut worden, da heilkräftige Quellen und Moorbäder vorhanden sind. Es liegt im waldreichen Grenzgebiet unmittelbar an der Grenze zum Reichskommissariat Ostland und ist über Grodno mit der Eisenbahn zu erreichen. Es hat Kurpark und Badeanlagen und ist für Erholungszwecke sehr geeignet.

(2) Das Heim wird von der Kurdirektion bewirtschaftet. Für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD beträgt der Pensionsvorzugspreis

für Erwachsene	4,— RM
für Kinder von 6—10 Jahren	2,50 RM
für Kinder bis zu 6 Jahren	2,— RM

täglich. Eine Kurtaxe wird daneben nicht erhoben. Es besteht Anrecht auf Benutzung sämtlicher Bäder und Kureinrichtungen zu einem um 30 % ermäßigten Vorzugspreis. Der Eintrittspreis für die Kurveranstaltungen wird ebenfalls um 30 % ermäßigt.

(3) Anmeldungen sind an den Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok, Erich-Koch-Str. 15, zu richten.

(4) Im übrigen wird wegen der Erholungs- und Kameradschaftsheime für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD auf die Erlasse vom 14. 10. 1941 — Befehlsbl. S. 213 —, 20. 7. 1942 — Befehlsbl. S. 213 — und vom 8. 12. 1942 — Befehlsbl. S. 369 — verwiesen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 227.

v. 14.8.43

Künftige Bezeichnung der „Präsidialkanzlei“.**RdErl. des RSHA. vom 8. 8. 1943**

— I Org. Nr. 376/43-160 —

(1) Der Staatsminister u. Chef der Präsidialkanzlei hat mitgeteilt, daß seine Amtsbezeichnung künftighin

„Der Staatsminister und Chef
der Präsidialkanzlei“

lautet und daß die von ihm geleitete Behörde lediglich die Bezeichnung

„Präsidialkanzlei“

führen wird. Die zusätzlichen Worte „des Führers und Reichskanzlers“ kommen in Fortfall.

(2) Die Anschriftenverzeichnisse sind hiernach zu berichtigen. Vorhandene Vordrucke, Briefumschläge usw. mit der bisherigen Behördenbezeichnung können aufgebraucht werden.

An Sich. Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 228.

Verlust von Ausweisen.

Uniformausweis Nr. 92 020, ausgestellt von der SD-Schule Bernau für **W-Bewerber Eduard Sauer** (I A 5 d Az. Arch. 27 887).

Uniformausweis Nr. 73 031, ausgestellt vom BdS

Krakau für **W-Sturmmann Josef Neuhold** (I A 5 d Az. 199).

Uniformausweis Nr. 91 115, ausgestellt vom BdS Paris für **W-Staffel-Scharführer a. K. August Franz**, geb. 19. 1. 03 (I A 5 d Az. 199).

Dienstaussweis Nr. 12 150/43, ausgestellt für den **W-Sturmbannführer Joachim Nehring** (I A 5 d Az. 1905).

Dienstaussweis Nr. 26 030, ausgestellt für **W-Hauptsturmführer Heinrich Alt** (I A 5 d Az. 4285).

Die Ausweise werden für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um Übersendung an das RSHA. — I A 5 — zu dem jeweils in () angegebenen Aktenzeichen gebeten.

An Sich. Pol. u. SD.

— Befehlsblatt 1943 S. 228.

Anschriftenänderung.

Für die nachstehend aufgeführten Dienststellen gelten bis auf weiteres folgende Anschriften:

- ✓ a) Staatspolizeileitstelle Hamburg:
Hamburg, Rothenbaumchaussee 38;
- ✓ b) Kriminalpolizeileitstelle Hamburg:
Hamburg: Strafjustizgebäude.

I Org. Nr. 422/43-168-25-

An Sich. Pol. u. SD.

— Befehlsblatt 1943 S. 228.

Personalmittelungen**Reichssicherheitshauptamt.**

Versetzt: **W-Hauptsturmführer Reg. Rat Dr. Schumacher** zur KPLSt. Breslau als Vertr. des Leiters.

✓ Abgeordnet: **W-Sturmbannführer Reg. Rat Dr. Altenloh** zum BdS. Paris.

Staatspolizei(leit)stellen.

✓ Ernann. zum Ob. Reg. Rat: **W-Sturmbannführer Reg. Rat Dr. Kaufmann** (Leipzig).

✓ Abgeordnet: **W-Obersturmbannführer Ob. Reg. Rat Oswald Poche** (Frankfurt/M.) zum BdS. in Riga als Führer des Ekdo. 2.

Die Abordnungen des **W-Obersturmbannführers Ob. Reg. Rat Dr. Kaufmann** als Kdr. für den Generalbezirk Shitomir und des **W-Sturmbannführers Reg. Rat Bredner** zum BdS. in Riga sind aufgehoben.

✓ Eingesetzt als Kdr. für den Generalbezirk Shitomir: **W-Obersturmbannführer Ob. Reg. Rat Dr. Weimann** (Klagenfurt).

**Kriminalpolizei(leit)stellen
u. Krim. Abteilungen.**

Ernann. zum Ob. Reg.- u. Krim. Rat Reg.- u. Krim. Rat Dr. Zechenter (Hamburg);
zum Krim. Rat Krim. Komm. a. W. Postatny (Kattowitz);
zum Krim. Komm. St.-Sturmscharführer Krim. Komm. a. Pr. Grimm (Hamburg).

Versetzt: Reg.- u. Krim. Rat Dr. Wall (Breslau) nach Wien, Krim. Rat Finke (KPLSt. Berlin) nach Dortmund, Krim. Rat Bunge (Duisburg) nach Troppau, Krim. Rat Jaroß (Bochum) nach Breslau, **W-Obersturmführer Krim. Komm. Dr. Ochs** (Düsseldorf) nach Magdeburg, Krim. Komm. Dr. Miebach (KPLSt. Berlin) nach Posen, Krim. Komm. Juretzki (Troppau), unter Aufhebung der Versetzung nach Rostock, nach Karlsbad, **W-Hauptsturmführer Krim. Komm. Gretz** (Wien), unter Aufhebung der Abordnung nach Karlsbad, nach

Rostock, Krim. Rätin Geib (Hamburg) nach Wien, Krim. Kommissarin Fligg (KPLSt. Berlin) nach Essen, Kriminalkommissarin Scholz (Essen) zur KPLSt. Berlin.

Abgeordnet: Krim. Dir. Volkmann (Braunschweig) zum BdS. Riga;

Krim. Komm. Raschdorf (Recklinghausen), unter Aufhebung der Abordnung zum RSHA. VI, zum BdS. Oslo.

Die Abordnungen des **W-Sturmbannführers Reg.- u. Krim. Rates Dr. Onderka** (Wien) zum BdS. Kiew und **W-Hauptsturmführer Krim. Komm. Rohrmann** (Posen) zum RSHA. VI sind aufgehoben.

In den Ruhestand versetzt: Kriminalkommissarin Rübenach (Breslau).

SD.

Ernann. **W-Obersturmführer Waldemar Thate** zum Außenstellenleiter beim SD-A. Halle;

die **W-Untersturmführer Helmut Waldmann** zum Außenstellenleiter beim SD-A. Zichenau u. **Klaus Reulens** zum Außenstellenleiter bei der SD-Hast. Karlsbad.

Versetzt: die **W-Hauptsturmführer Eberhard Strohm** zum RSHA.-III unter Aufhebung der Kommandierung nach Minsk, Fritz Stöcker zum RSHA.-III, Rupert Mandl zum RSHA.-VI, Walraven Genth zum SD-LA. Berlin (Rückversetzung), Wilhelm Höttl zum RSHA.-VI, die **W-Obersturmführer Bernhard Thalacker** zur SD-Hast. Troppau, Hans-Joachim Schmidt zur SD-Ast. Zwiesel unter Aufhebung der Versetzung zur SD-Ast. Passau.

Beauftragt: **W-Hauptsturmführer Arthur Kirsch** mit der Führung des Ref. III D beim Kdr. Lublin.

Kommandiert: **W-Hauptsturmführer Julius Baensch** zum Höheren **W- u. Pol. Führer** beim Reichskommissar f. d. besetzten Norwegischen Gebiete in Oslo; die **W-Obersturmführer Karl Cuno** zum Kdr. Bialystok unter Aufhebung der Kommandierung zum RSHA. und Hans Schreeb zum BdS. Straßburg.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 39

Berlin, den 21. August 1943

4. Jahrgang

Auszeichnungen

Dem **SS**-Hauptscharführer Helmut Buff, ehrenamtlicher Mitarbeiter beim SD-Leitabschnitt Stettin, z. Z. Hauptmann in einem Grenadierregiment, wurde das Deutsche Kreuz in Gold verliehen.

Dem **SS**-Obersturmbannführer Oberregierungsrat Eduard Strauch beim Bevollmächtigten des Reichsführers-**SS** für die Bandenbekämpfung,

dem **SS**-Hauptsturmführer Dr. Eugen Anselm, ehrenamtlicher Mitarbeiter beim SD-Leitabschnitt München, z. Z. Stabsarzt,

dem **SS**-Hauptsturmführer Hans Weibrecht, Einsatzgruppe D.,

dem Kriminaloberassistenten Johann Nußhardt, Kriminalpolizeileitstelle München, z. Z. Feldpolizeisekretär,

dem apl. Kriminalassistenten Harry Deneke, Staatspolizeileitstelle Hamburg, z. Z. **SS**-Obersturmführer in der Waffen-**SS**,

dem **SS**-Bewerber Kriminalangestellten Jan Recke, Staatspolizeileitstelle Hamburg, z. Z. Oberfeldw., wurde das Eisene Kreuz I. Klasse verliehen.

Dem **SS**-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Dr. Max Thomas, Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD. in Kiew,

wurde die Spange zum Eisernen Kreuz I. Klasse verliehen.

Dem **SS**-Standartenführer Regierungsdirektor Franz Panzinger, Reichssicherheitshauptamt,

dem **SS**-Obersturmbannführer Oberregierungsrat Dr. Erich Isselhorst, Kommandeur der Sicherheitspolizei u. des SD. in Minsk,

dem **SS**-Obersturmbannführer Oberregierungsrat Günther Herrmann, Chef der Einsatzgruppe Kroatien,

dem **SS**-Hauptsturmführer Hans Zach, Einsatzgruppe Kroatien,

dem **SS**-Hauptsturmführer Karl Schmitz beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD in Kiew,

dem **SS**-Hauptsturmführer Kriminalrat Horst Kopkow, Reichssicherheitshauptamt,

dem Polizeioberinspektor Karl Heller beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD in Belgrad,

dem **SS**-Untersturmführer Kriminalkommissar Benno Kukawka, Kriminalpolizeistelle Recklinghausen, z. Z. Feldpolizeikommissar,

dem apl. Polizeiinspektor Erwin Riedel, Staatspolizeileitstelle Breslau, z. Z. Oberzahlmeister,

dem Kriminalobersekretär Berthold Scholz, Kriminalpolizeileitstelle Berlin, z. Z. Feldpolizeikommissar.

dem Kriminalsekretär Paul Brosan, Kriminalpolizeileitstelle Berlin, z. Z. Feldpolizeisekretär,

dem **SS**-Oberscharführer Kriminalsekretär Oswald Hrabal, Kriminalpolizeistelle Graz, z. Z. Feldpolizeisekretär,

dem **SS**-Hauptscharführer Kriminaloberassistenten Bernhard Michaelis, Kriminalpolizeistelle Magdeburg, z. Z. Feldpolizeisekretär,

dem **SS**-Oberscharführer Kriminalangestellten Ernst Consée beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD in Kiew

dem **SS**-Rottenführer Ewald Piepenstock beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD in Kiew, wurde das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse mit Schwertern verliehen.

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 15. 7. 43 Baumaßnahmen im Bereich der Ordn.Pol. u. der Sich.Pol. in den besetzten Gebieten. S. 230. — RdErl. 29. 7. 43 Abgabe von Bezugsabschnitten für Braunhemden. S. 232. — RdErl. 6. 8. 43 Anerkennungen. S. 232. — RdErl. 7. 8. 43 Zusammenarbeit mit der „Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission“. S. 232. — RdErl. 7. 8. 43 Krankenversicherung. S. 233. — RdErl. 10. 8. 43 Fürsorge und Versorgung für nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder der Sich.Pol. u. des SD. S. 233. — RdErl. 10. 8. 43 Beseitigung der Unfruchtbarkeit. S. 233. — RdErl. 10. 8. 43 Fürsorge für die Angeh. der Sich.Pol. u. des SD sowie ihrer Familien bei Todesfällen. S. 234. — RdErl. 11. 8. 43 Bedarfsdeckungsverfahren für Zement. S. 234. — RdErl. 13. 8. 43 Wirtschaftliche Abfindung der Stadt- und Landwachtmänner. S. 238. — RdErl. 16. 8. 43 Einsatz der Partei bei der Überwachung fremdvölkischer Arbeitskräfte

zur Begegnung volkspolitischer Gefahren. S. 239. — RdErl. 16. 8. 43 Vorsorgliche Ausstellung von Gehaltsbescheinigungen für den Fall der Vernichtung der Besoldungsunterlagen durch feindl. Luftangriffe. S. 239. — RdErl. 17. 8. 43 Gebühren der zur Wehrmacht einberufenen Angehörigen der Sich.Pol. (Dienstbereitschaftsgeld). S. 240. — RdErl. 17. 8. 43 Wirtschaftliche Betreuung bei Verlegung von Dienststellen in Ersatz- u. Ausweichunterkünfte. S. 240.

Verschiedenes. RdErl. 29. 7. 43 Wellblechgarage. S. 242. — RdErl. 17. 8. 43 Unterkunftsheim bei der Dienststelle des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD Ostland. S. 242. — Verlust von Ausweisen. S. 242. — Anschriftenänderung. S. 242. — Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD. S. 242.

Personalmitteilungen. S. 243.

Sicherheitspolizei und SD

Baumaßnahmen im Bereich der Ordn.Pol. u. der Sich.Pol. in den besetzten Gebieten.

RdErl. des RFWuChdDtPol. im RMdI. vom 15. 7. 1943 O. VuR. U Allg. 8 b Nr. 2/43, S II C 3 Nr. 418/43 — und WVHA. — C II/ZV Nr. 44 — *).

A. Zuständigkeit der W-Baudienststellen.

1. Zuständigkeit bei Bauaufgaben.

(1) Die technische Vorbereitung, die Planung, Durchführung und Abrechnung der Baumaßnahmen für die Ordn.Pol. und die Sich.Pol. in den besetzten Gebieten liegen in der Hand der Baudienststellen der Waffen-W und Pol. (W-Baudienststellen).

(2) Ausgenommen davon sind bauliche Maßnahmen, zu deren Beurteilung weder baufachliche noch künstlerische Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich sind und deren Kosten den Betrag von 2000,— RM im Einzelfall nicht übersteigen. Diese sollen grundsätzlich vom Nutznießer — Hausverwaltung — ausgeführt werden.

(3) Ob zu einer Ausführung solche besonderen Fachkenntnisse erforderlich sind, entscheidet in Zweifelsfällen die zuständige Bauleitung. Sie darf dabei nicht kleinlich verfahren.

(4) Ein Verzeichnis der Zentralbauleitungen und Baugruppen der Waffen-W und Pol. in den besetzten Gebieten nach dem derzeitigen Stande ist als Anlage abgedruckt. Bauleitungen werden örtlich nach Bedarf eingerichtet. Die Neueinrichtung und Auflösung von W-Baudienststellen werden regelmäßig in den „Besonderen Anordnungen für die Versorgung“ des Chefs der Ordn.Pol., im Befehlsblatt des Chefs der Sich.Pol. u. des SD und in den „Wirtschafts- und Verwaltungsanordnungen“ des W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts bekanntgegeben.

2. Kostengrenzen für die Ortsinstanzen.

Die W-Bauleitungen sind bei Baumaßnahmen bis zu 5000 RM einschl. der Nebenkosten in der Vorbereitung, Planung und Durchführung selbständig.

3. Kostengrenzen für die Bereichsinstanzen.

Die W-Zentralbauleitungen sind bei Baumaßnahmen von mehr als 5000 RM bis 50 000 RM einschl. der Nebenkosten in der Vorbereitung, Planung und Durchführung selbständig.

*) Dieser Runderlaß wird auch im MBliV. und in den „Wirtschafts- und Verwaltungsanordnungen“ des W-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamts abgedruckt.

4. Kostengrenzen für die Mittelinstanzen.

Die W-Wirtschaftler beim Höheren W- und Polizeiführer — Baugruppen — sind bei Baumaßnahmen von mehr als 50 000 RM bis 100 000 RM einschl. der Nebenkosten in der Vorbereitung, Planung und Durchführung selbständig.

5. Kostengrenzen für die Ministerialinstanz.

Dem W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt sind alle Rahmenbauanträge und Bauanträge von mehr als 100 000 RM vorzulegen.

B. Zuständigkeit der Dienststellen der Ordn.Pol. u. der Sich.Pol.

(1) Die Dienststellen der Ordn.Pol. bzw. der Sich.Pol. stellen im Umfang ihrer Entscheidungsbefugnis bei Bauvorhaben das Baubedürfnis fest. Sie entscheiden im Rahmen der bestehenden Bau einschränkungen und Kontingentierungsvorschriften darüber, was, wann, wo und in welchem Umfang für die Ordn.Pol. oder die Sich.Pol. gebaut wird.

(2) Im einzelnen entscheiden:

a) Über die Ausführung von Baumaßnahmen bis 2000 RM

aa) für die Ordn.Pol.:

die W- und Pol.Standortführer und die Kommandeure der Gendarmerie (in den besetzten Ostgebieten), die Gebietskommandanturen (Serbien) und die selbständigen Einheiten (vom Bataillon aufwärts), wo die angeführten Dienststellen nicht eingerichtet sind, die nächsthöheren Dienststellen, also die Kommandeure oder Befehlshaber der Ordn.Pol.

bb) für die Sich.Pol.:

die Kommandeure oder Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD

in eigener Zuständigkeit. Diese Maßnahmen können ohne Mitwirkung der Baudienststellen durchgeführt werden, wenn es zur Beurteilung weder baufachlicher noch künstlerischer Fähigkeiten bedarf. Andernfalls ist die Baudienststelle zu beteiligen.

b) Über die Ausführung von Baumaßnahmen bis 5000 RM

aa) für die Ordn.Pol.:

die W- und Pol.-Standortführer und die Kommandeure der Gendarmerie (in den besetzten

Ostgebieten) für ihren Geschäftsbereich, im übrigen die HH - und Polizeiführer — Kommandeure der Ordn.Pol. —, in den Gebieten, in denen diese Dienststellen nicht eingerichtet sind, die Höheren HH - und Polizeiführer — Befehlshaber der Ordn.Pol. —,

- bb) für die Sich.Pol.:
die Kommandeure oder Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD
nach Benehmen mit der zuständigen HH -Baudienststelle. Notfalls sind vorhandene Baudienststellen anderer Verwaltungen unter gleichzeitiger Verständigung der zuständigen HH -Baudienststelle heranzuziehen.

- c) Über die Ausführung von Baumaßnahmen von mehr als 5000 RM bis 50 000 RM

- aa) für die Ordn.Pol.:
die HH - und Polizeiführer — Kommandeure der Ordn.Pol. —, wo diese Dienststellen nicht eingerichtet sind, die Höheren HH - und Polizeiführer — Befehlshaber der Ordn.Pol. —,

- bb) für die Sich.Pol.:
die Kommandeure oder Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD
nach Benehmen mit der HH -Zentralbauleitung. Die Durchführung obliegt den Baudienststellen.

- d) Über die Ausführung von Baumaßnahmen von mehr als 50 000 RM bis 100 000 RM die Höheren HH - und Polizeiführer — Befehlshaber der Ordn.Pol. bzw. Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD — nach Benehmen mit dem HH -Wirtschafts- — Baugruppe —. Die Durchführung obliegt den Baudienststellen.

- e) Zur Ausführung von Baumaßnahmen von mehr als 100 000 RM ist in allen Fällen unter Beifügung von Stärkeberechnung und Raumprogramm in dreifacher Ausfertigung die Genehmigung des Chefs der Ordn.Pol. bzw. des RSHA. einzuholen, ohne Rücksicht darauf, ob die Baumittel im Polizeihauhalt ausgeworfen sind oder nicht.

(3) Die Raumbedarfs- und Geräteordnungen, die im Reichsgebiet die zuständige Gebühr an Raum und Gerät regeln, gelten als verbindlicher Anhalt, soweit nicht vom RF HH u. ChdDtPol. besondere Ordnungen erlassen sind.

(4) Die abschließende Bestimmung der Grundstücke für die später zu errichtenden endgültigen HH - und Polizei-Stützpunkte (in den Ostgebieten) erfolgt in jedem Fall durch den Chef der Ordn.Pol.

C. Geschäftsverfahren.

(1) Für Baumaßnahmen holt die örtliche Bedarfsstelle in der für sie vorgeschriebenen Weise die grundsätzliche Genehmigung des Chefs der Ordn.Pol. bzw. des RSHA. zur Weiterverfolgung des Bauvorhabens ein, falls nicht sie selbst oder eine zwischengeordnete Dienststelle zur Entscheidung befugt ist (Hinweis auf B).

(2) Nachdem die Genehmigung erteilt ist, stellt die Bedarfsstelle, erforderlichenfalls im Benehmen mit der zuständigen Bauleitung, Stärkeberechnung und Raumprogramm auf, die der nach B zuständigen vorgesetzten Dienststelle zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn das Bauvorhaben nicht im Rahmen der Kostengrenze bleibt, bis zu der die Bedarfsstelle selbst zu entscheiden befugt ist.

(3) Die Vorlage unterbleibt auch, wenn von der zur Genehmigung berufenen Dienststelle (bei Regelaufbauten) im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet wird, oder wenn (in besonderen Fällen) die Aufstellung im Hauptamt Ordn.Pol. oder im RSHA. selbst erfolgt.

(4) Die Aufstellung von Stärkeberechnung und Raumprogramm entfällt bei der Inanspruchnahme zugewiesener vorhandener Gebäude; Stärkeberechnung und Raumprogramm werden hier durch eine kurze Aufstellung der Stärke und durch einen Grundrißplan mit Angabe der beabsichtigten Nutzung ersetzt, die möglichst schon mit dem Antrag auf grundsätzliche Genehmigung eingereicht werden.

(5) Nach Regelung der Bauplatzfrage im Benehmen mit der Baudienststelle stellt diese (das ist in der Regel die Zentralbauleitung) auf Grund der Stärkeberechnung und des Raumprogramms einen Rahmenbauantrag bzw. Bauantrag mit Erläuterungsbericht und Kostenüberschlag auf. Das hat im Benehmen mit der Bedarfsstelle zu geschehen. Diese hat daher ihr Einverständnis auf dem Erläuterungsbericht zu vermerken oder ihre abweichende Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

(6) Ein Rahmenbauantrag muß aufgestellt werden bei Bauvorhaben über 100 000 RM. Er wird nach Vorprüfung durch den HH -Wirtschaftler — Baugruppe — im Benehmen mit dem Befehlshaber der Ordn.Pol. bzw. der Sich.Pol. u. des SD in einer Ausfertigung dem Chef der Ordn.Pol. bzw. dem RSHA., in zwei Ausfertigungen dem HH -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt zur Genehmigung vorgelegt. Anschließend erteilt das HH -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt den Planungsbefehl.

(7) Ein Bauantrag muß bei allen Bauvorhaben aufgestellt werden. Bei Bauvorhaben bis zu 100 000 RM wird er ohne vorherige Erstellung eines Rahmenbauantrages, bei Bauvorhaben über 100 000 RM nach Genehmigung des Rahmenbauantrags aufgestellt. Die Bauanträge über 100 000 RM werden durch den HH -Wirtschaftler — Baugruppe — im Benehmen mit dem Befehlshaber der Ordn.Pol. bzw. der Sich.Pol. u. des SD vorgeprüft und in einer Ausfertigung dem Chef der Ordn.Pol. bzw. dem RSHA., in zwei Ausfertigungen dem HH -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt vorgelegt. Nach Prüfung durch die beteiligten Hauptämter erteilt das HH -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt den Befehl zur Durchführung des Bauvorhabens (Baubefehl). Bei Bauanträgen bis zu 100 000 RM treten an die Stelle der Hauptämter die zur Entscheidung befugten nachgeordneten Dienststellen.

(8) Je eine Abschrift der Baubefehle bis zu 100 000 RM ist dem HH -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und dem Chef der Ordn.Pol. bzw. dem RSHA. vorzulegen. Bei Baubefehlen über 100 000 RM erfolgt die Zuteilung eines Abdrucks an den Chef der Ordn.Pol. bzw. das RSHA. durch das HH -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt.

D. Baumittel.

Die Bereitstellung der Baumittel bestimmt sich nach den in den einzelnen Gebieten bestehenden Sonderregelungen. Soweit notwendige, dringliche und genehmigte Maßnahmen nicht aus Mitteln der Reichskommissare, der Höheren HH - und Polizeiführer — HH -Wirtschaftler —, der Wehrmachtverwaltungen oder aus Kassenanschlagmitteln des Haushalts der Ordn.Pol. oder der Sich.Pol. bestritten werden, sind sie auf Einsatzmittel der Ordn.Pol. bzw. der Sich.Pol. zu übernehmen (für die Ordn.Pol. Hinweis auf den RdErl. vom 21. 4. 1943 — O. VuR. Org. 6 — 1115/43 — MBliV. S. 691 —).

E. Aufhebung früherer Bestimmungen.

Für die Dienststellen der Sich.Pol. wird der Erl. vom 9. 12. 1942 — S II C 1 Nr. 424/42 — 227 (Wirtschaftsführung der Dienststellen der Sich.Pol. in den

besetzten Gebieten hinsichtlich des Bauwesens durch vorstehende Regelung hinfällig.

An die

Höheren // und Polizeiführer, die // und Polizeiführer, die Dienststellen der Ordnungspolizei, der Sicherheitspolizei und des SD sowie die Baudienststellen der Waffen-// und Polizei in den besetzten Gebieten.

Befehlsblatt S. 230.

Anlage:

Verzeichnis der Zentralbauleitungen und Baugruppen der Waffen-// und Polizei in den besetzten Gebieten nach dem Stand vom 9. Juli 1943:

Zentralbauleitungen:	Baugruppen:
Oslo	//-Wirtschaftler — Baugruppe — beim Höheren // und Polizeiführer Norwegen in Oslo
Finnland (Oulu)	//-Wirtschaftler — Baugruppe — beim Höheren // und Polizeiführer
Lettland (Riga)	Estland-West (Reval)
Estland-Ost (Pleskau)	Estland in Riga
Litauen (Kauen)	
Mogilew	//-Wirtschaftler — Baugruppe — beim Höheren // und Polizeiführer
Smolensk	Rußland-Mitte in Mogilew
Bobruisk	
Minsk	
Rowno	//-Wirtschaftler — Baugruppe — beim Höheren // und Polizeiführer
Kiew	Rußland-Süd in Kiew
Dnejeprpetrowsk	
Nikolajew	
Pantschowa	//-Wirtschaftler — Baugruppe — beim Höheren // und Polizeiführer
Valjewo	Serbien in Belgrad.
Kraljevo	
Nisch	
Agram (Kroatien)	

Abgabe von Bezugsabschnitten für Braunhemden

RdErl. des RSHA. vom 29. 7. 1943
— II C 2⁵ Nr. 8831/43 —

(1) Mit Wirkung vom 1. 9. 1943 werden Braunhemden an Uniformträger der Sich.Pol. u. des SD nur noch gegen Abgabe von Bezugsabschnitten der Reichskleiderkarte ausgegeben.

(2) Es sind einzuziehen:

- für 1 Popeline-Braunhemd mit 2 Kragen 21 Bezugsabschnitte,
- für 1 Popeline-Braunhemd mit 1 Kragen 20 Bezugsabschnitte,
- für 1 Trikot-Braunhemd 15 Bezugsabschnitte,
- für 1 Einzelkragen 1 Bezugsabschnitt.

(3) Die Bezugsabschnitte sind nur von den reichsdeutschen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD einzuziehen, die im Besitz der 4. Reichskleiderkarte sind. An volksdeutsche Angehörige und Schutzmannschaften der Sich.Pol., die keine Reichskleiderkarte besitzen, sind Braunhemden wie bisher bei Bedarf abzugeben.

(4) Die Einziehung der Bezugsabschnitte erfolgt durch die Bekleidungslieferstellen der Sich.Pol. und die Auslieferungsstellen des SD bei Ausgabe der Braunhemden.

(5) Die Bekleidungslieferstellen der Sich.Pol. und die Auslieferungsstellen des SD führen über die eingezogenen Bezugsabschnitte eine Nachweisung in einfachster Form mit folgenden Spalten:

Lfd. Nr.,
Dienstgrad,
Vor- und Zuname,
Heimatsdienststelle,
Tag der Ausgabe,
Gegenstand,
Anzahl der Bezugsabschnitte.

(6) Die eingezogenen Bezugsabschnitte sind gesammelt mit der Nachweisung halbjährlich, erstmalig zum 1. 1. 1944, von den Bekleidungslieferstellen der Sich.Pol. an das Ref. II C 2⁵ und von den Auslieferungsstellen des SD an das Referat II C 10 des RSHA abzugeben. Zur Vereinfachung der Nachprüfung sind die abgetrennten Bezugsabschnitte zu je 100 auf einen Bogen zu kleben. Die Vernichtung veranlassen die zuständigen Ref. des RSHA. im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium.

(7) Die Dienststellenleiter haben die Durchführung des Erlasses zu überwachen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 232.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD vom 6. 8. 1943
— I A 1 b Nr. 128/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-// Sturmbannführer Dr. Horst Straßburger von der Adjutantur des ChdSPudSD für seine umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten sowie

Kriminalkommissar Karl-Benno Ditzes,
//-Obersturmführer Kriminalkommissar Paul Schiffer,
Kriminalsekretär Erich Wesch,
//-Oberscharführer Kriminalassistent Kurt Holbe und
Staffel-Oberscharführer Kriminalassistent Wilhelm Scholl

von der Stapoleitstelle Posen,

für besondere fachliche Leistungen bei der Zerschlagung einer Sabotageorganisation im Bereich der Stapoleitstelle Posen durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 232.

Zusammenarbeit mit der „Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission“.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 7. 8. 1943
— V L Nr. 2104/43 —

(1) Im Jahre 1940 wurde mit satzungsgemäßem, einstimmigem Beschluß der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission (IKPK.) das Amt des Präsidenten der IKPK. dem jeweiligen Chef der Deutschen Sicherheitspolizei übertragen. — Als Nachfolger des damaligen Chefs der Deutschen Sicherheitspolizei, //Obergruppenführer Heydrich, habe ich im Mai d. J. die Präsidentschaft der IKPK. übernommen.

(2) Die IKPK. ist eine selbständige internationale Einrichtung, deren satzungsgemäße Ziele sind:
a) die Verbürgung und Ausgestaltung gegenseitiger, weitestgehender Amtshilfe aller Sicherheitsbehörden im Rahmen der in den einzelnen Staaten bestehenden Gesetze;

b) die Sorge für die Schaffung und Ausgestaltung aller Einrichtungen, die geeignet sind, den Kampf gegen das gemeine Verbrechen erfolgreich zu gestalten.

(3) Da ich unter allen Umständen den internationalen und unpolitischen Charakter der IKPK. zu wahren gewillt bin, übernehme ich allein die Führung der Geschäfte der Kommission. Mir stehen dabei Funktionäre zur Seite, die durch die Bestimmungen der Satzung der IKPK. hierzu berufen sind. Es sind dies außer den Vizepräsidenten:

der Generalsekretär,
die zwei ständigen Berichterstatter und
die ordentlichen Berichterstatter,

die gemeinsam den Verwaltungsausschuß bilden und ihre Tätigkeit nach der Geschäftsordnung der IKPK. ausüben.

(4) Der Generalsekretär besorgt unter den ihm durch die §§ 2 und 3 der Geschäftsordnung des Verwaltungsausschusses übertragenen Aufgaben, insbesondere die Korrespondenz des Verwaltungsausschusses, und unterfertigt die vom Verwaltungsausschuß ausgehenden Schriften, soweit ich mir deren Unterfertigung nicht selbst vorbehalten habe. Gleichzeitig ist er Vermögensverwalter der IKPK. und Hauptschriftleiter der von ihr herausgegebenen „Internationalen Kriminalpolizei“.

(5) Sitz der IKPK. ist Berlin-Wannsee, Am Kleinen Wannsee 16 (Ruf: 80 62 14). Die IKPK. ist an das Fernsprech- und Fernschreibnetz der Sich.Pol. angeschlossen.

(6) Von allen Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD erwarte ich, daß sie im Rahmen der ihnen gegebenen Dienstanweisungen vertrauensvoll und tatkräftig die idealen Bestrebungen der IKPK. unterstützen. Insbesondere mache ich es dem RKPA. zur Pflicht, alles zur Durchführung der internationalen Aufgaben Erforderliche zu tun und den Wünschen und Anregungen des Generalsekretärs der IKPK. in jeder möglichen Weise nachzukommen. Die unter der Bezeichnung „Internationales Büro“ zusammengefaßten Einrichtungen der Kommission sind so zu pflegen, daß eine schnelle und schlagkräftige internationale Zusammenarbeit unter allen Umständen gesichert ist.

(7) Personal- und Haushaltsfragen regelt der Generalsekretär im Benehmen mit den Ämtern I, II und V des RSHA., soweit deutsche Arbeitskräfte in Frage kommen.

(8) Hinsichtlich der Verwaltung des Grundstücks in Berlin und der vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel gilt der Erl. vom 13. 12. 1941 — S II C 1 Nr. 244/41-221-5 (nicht veröffentl.).

(9) Der RdErl. vom 8. 12. 1941 — IKPK. Nr. 375/41 — S II A 1 Nr. 927/41 — (Befehlsbl. 1942 S. 1) wird aufgehoben.

Dr. Kaltenbrunner.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 232.

Krankenversicherung.

RdErl. des RSHA. vom 7. 8. 1943

— II C 2 Nr. 351/43 —

Nachstehend bringe ich einen Erl. des Reichsarbeitsministers betreffend Inanspruchnahme von Trägern der Krankenversicherung durch Mitglieder anderer Krankenkassen zur Kenntnis.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 233.

Anlage:

Der Reichsarbeitsminister
II a 7200/43

Berlin SW 11, den 30. Juni 1943.

Betrifft: Inanspruchnahme von Trägern der Krankenversicherung durch Mitglieder anderer Krankenkassen.

Die in Zusammenhang mit den Fliegerangriffen notwendig gewordenen Verlegungen der betroffenen Bevölkerung veranlassen mich, erneut die Träger der Krankenversicherung auf eine den besonderen Erfordernissen angepaßte Leistungsgewährung hinzuweisen. Wenden sich Versicherte an die Krankenkasse ihres Aufenthaltsortes und beanspruchen von ihr Leistungen, obgleich sie bei dieser Kasse nicht als Mitglieder geführt werden, so sind in den Fällen, in denen die Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse glaubhaft gemacht wird, die in Frage kommenden Leistungen von der in Anspruch genommenen Krankenkasse für Rechnung der verpflichteten zunächst zu gewähren. Der Versicherte und seine Familienangehörigen dürfen also nicht darunter leiden, daß die endgültig verpflichtete Kasse noch nicht feststeht. Ich erwarte von allen Krankenversicherungsträgern eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Einstellung.

Ich ersuche, Ihre Mitgliedschaften hiervon sofort durch Rundschreiben zu unterrichten.

Fürsorge und Versorgung für nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 10. 8. 1943

— I A 6 Nr. 568/43 —

(1) Die dritte VO. zur Durchführung und Ergänzung des Sechsten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 16. 4. 1943 (RGBl. I S. 267) bestimmt, daß für alle Unfälle, wegen deren Fürsorge und Versorgung nach den Wehrmachtsfürsorge- und -versorgungsgesetzen und den Vorschriften, die diese Gesetze für anwendbar erklären oder den Reichsarbeitsdienst-Versorgungsgesetzen gewährleistet ist, reichsgesetzlicher Unfallversicherungsschutz nicht mehr besteht.

(2) Diese Maßnahme dient der Vereinfachung. Sie vermeidet, daß in Zukunft eine mehrfache Bearbeitung des gleichen Schadenfalles bei verschiedenen Stellen und nach verschiedenen Bestimmungen erfolgt.

(3) Eine Meldung an die Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung bzw. Eigenunfallversicherung der NSDAP. ist nur noch für solche Unfälle zu erstatten, die im Reichsgebiet eingetreten sind und nicht als Wehrdienstbeschädigung im Sinne des § 4 Wehrmachtsfürsorge- und -versorgungsgesetz anzusehen sind oder bei denen die Voraussetzungen des § 2 der Personenschädenverordnung nicht vorliegen.

(4) Die VO. ist rückwirkend ab 1. 1. 1942 in Kraft getreten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 233.

Beseitigung der Unfruchtbarkeit.

RdErl. des RSHA. vom 10. 8. 1943

— I A 6 Nr. 500/43 —

(1) Nach gegenwärtig bestehender Rechtsauffassung stellt die Unfruchtbarkeit von Frauen und Männern, ohne daß sie wesentliche Beschwerden verursacht oder mit Arbeitsunfähigkeit verbunden ist, auch dann eine Krankheit im Rechtssinne dar, wenn

ihre Beseitigung durch ärztliche Behandlung möglich und im Interesse der Volksgemeinschaft erwünscht ist.

(2) Die Feststellung, ob die Unfruchtbarkeit behebbar ist, aus gesundheitlichen Gründen gegen die Vornahme einer Operation keine Bedenken bestehen und ob nicht Unfruchtbarkeit des anderen Eheteils vorliegt, treffen die in jedem Gau eingerichteten Arbeitsgemeinschaften „Hilfe bei Kinderlosigkeit in der Ehe“.

(3) Die für den Gau Groß Berlin zuständige Arbeitsgemeinschaft befindet sich in Berlin W9, Lennéstraße 11, Anruf-Nr. 22 16 77, Leiter: Dr. Sommer. Die Anschriften der Arbeitsgemeinschaften im Reich sind bei den Gesundheitsämtern zu erfragen. In Groß Berlin ansässige //-Angehörige haben sich vor Inanspruchnahme der Arbeitsgemeinschaft mit dem Leitenden Arzt beim RSHA, Berlin W9, Hermann-Göring-Str. 5, in Verbindung zu setzen. Die Untersuchungen erfolgen kostenlos.

(4) Aus der Anerkennung der Unfruchtbarkeit als Krankheit im Rechtssinne ergibt sich, daß die Krankenkassen für die Kosten zur Behebung der Unfruchtbarkeit in Anspruch genommen werden können. Die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung sind angewiesen, bei der Bewilligung von Badekuren großzügig zu verfahren, wenn nach ärztlichem Gutachten solche Kuren zur Behebung der Unfruchtbarkeit Erfolg versprechend sind. Das gilt auch, wenn es sich um berechnigte Familienmitglieder von Versicherten handelt.

(5) Die Anerkennung der Unfruchtbarkeit als Krankheit hat weiterhin zur Folge, daß hinsichtlich der Kostenerstattung bei Reichsbediensteten die Beihilfengrundsätze Anwendung finden. Ausgenommen davon sind gegenwärtig jedoch noch die Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung in einem Heilbad, für die gem. BGr. Nr. 7 eine Beihilfe nur in Betracht kommt, wenn die Badekur zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Dienstfähigkeit der Antragsberechtigten dringend notwendig ist. Eine Ausdehnung dieser Bestimmungen auch auf Kuren zur Behebung der Sterilität wird angestrebt.

(6) Soweit bei Reichsbediensteten in derartigen Fällen im Rahmen der Beihilfengrundsätze nicht in ausreichendem Umfange geholfen werden kann, besteht die Möglichkeit, daß von den Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. Unterstützungen gewährt werden. Bei der Bearbeitung solcher Unterstützungsanträge ist im Hinblick auf die bevölkerungspolitische Bedeutung nicht kleinlich zu verfahren.

(7) Für jene hauptamtliche SD-Angehörige, die durch die Neuregelung der Besoldung versicherungsfrei geworden sind und deren Ehefrauen ist, sofern die Kosten von einer Krankenkasse nicht übernommen werden, vor Durchführung von Maßnahmen zur Behebung der Unfruchtbarkeit ein Antrag auf Gewährung freier Heilfürsorge gemäß Erlaß vom 5. 7. 1943 — I A 6 — Nr. 495/43 (nicht veröffentlicht) zu stellen.

(8) Wird einem Antrag gemäß Absatz (7) seitens des Reichsschatzmeisters nicht entsprochen, besteht, ebenso wie für nicht versorgungsberechtigte hauptamtliche SD-Angehörige, die Möglichkeit, eine Unterstützung zu beantragen. Auf den RdErl. des RSHA vom 27. 11. 1942 (Befehlsbl. S. 368) wird Bezug genommen.

(9) Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß bei Vorliegen einer Bedürftigkeit auch die NSV. sich zur Übernahme der Kosten für die Beseitigung der Unfruchtbarkeit bereiterklärt hat.

(10) Dieser Erl. ist allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD zur Kenntnis zu bringen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 233.

Fürsorge für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD sowie ihrer Familien bei Todesfällen.

RdErl. des RSHA. vom 10. 8. 1943

— I A 6 Nr. 299/43 —

(1) Bei der Vorlage der Verlustmeldungen und in der Benachrichtigung der Hinterbliebenen sind wiederholt Verzögerungen eingetreten, weil die Anschriften der nächsten Angehörigen nicht bekannt waren. Die Kriegsverhältnisse machen es erforderlich, daß jeder Volksgenosse Vorsorge trifft für den Fall, daß er die Fürsorge für seine Familienangehörigen nicht selbst wahrnehmen kann. Dazu gehört, den mit Fürsorgeaufgaben betrauten Dienststellen und Personen ihre Aufgaben weitgehend zu erleichtern. Die Aufklärungsschrift „Was tue ich im Ernstfall“, die allen Angehörigen der Pol. kostenlos geliefert worden ist (RdErl. des RF//uChdDtPol. im RmdI. vom 1. 2. 1940 — MBH.V. S. 236 c und 460 c —) wird in Erinnerung gebracht.

(2) Den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD wird empfohlen, Karteien mit folgenden Angaben anzulegen:

1. Zu- und Vorname,
2. Dienstgrad und Dienststellung,
3. Beschäftigungsstelle,
4. Wohnort und Wohnung,
5. Familienstand,
6. Angaben, welche Personen zum Haushalt gehören,
7. zu verständigen sind nach jeweiligem Erfordernis der Reihenfolge nach (a, b, c usw., Verwandtschaftsverhältnis und genaue Anschrift, evtl. Fernsprechananschluß ist anzugeben),
8. nächste Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD mit FS-Verbindung,
9. wo können Kinder untergebracht werden?
10. wo sind Aufzeichnungen über Versicherungsabschlüsse, Vermögen usw. hinterlegt?

(3) Die Karteikarten, für die Din-A-5-Bogen zu verwenden sind, sind alphabetisch zu ordnen und feuer- und bombengeschützt unterzubringen. Zur Einsparung von Verwaltungsarbeit sind nachträgliche Berichtigungen der Karteikarten nur auf Antrag der Beamten usw. vorzunehmen. Aussonderungen infolge Versetzungen haben, da die Wohnungen im bisherigen Dienstort vielfach beibehalten werden, zu unterbleiben. Versetzte sind auch in die Kartei der neuen Dienststelle aufzunehmen. Auf die Erfassung der im Einsatz Befindlichen ist besonderer Wert zu legen.

(4) Im RSHA. werden die Karteien bei den Ämtern (Geschäftsstellen) geführt und verwahrt. Den Angehörigen des RSHA. gehen die Karteikarten zur Ausfüllung zu.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 234.

Bedarfsdeckungsverfahren für Zement.

RdErl. des RSHA. vom 11. 8. 1943

— II C 3 Nr. 604/43-264-4 —

Das Bedarfsdeckungsverfahren für Zement hat mit Wirkung vom 1. 7. 1943 folgende Änderung erfahren:

(1) Zement wird nicht mehr nach Kontingenten, sondern nach dem tatsächlich entstehenden Bedarf zugewiesen. Der Verkauf von Zement erfolgt daher nicht mehr auf Zementbezugscheine, sondern ist wie folgt geregelt:

- a) Bei lebensnotwendigen Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten bis zum Betrage von 500 RM und Kleinvorhaben unter 5000 RM erfolgt die Abgabe auf Grund einer Erklärung des Ver-

brauchers, die bei der Auftragserteilung den Händlerfirmen, Verkaufsstellen der Zementgemeinschaften (s. Anl. 1) oder Zementwerken abzugeben ist und zu enthalten hat:

Name und Wohnort des Verbrauchers, die benötigte Zementmenge und den Verwendungszweck,

Die Abgabe gegen Verbraucher-Erklärung ist auf Mengen bis einschl. 10 Sack im Einzelfall beschränkt. Wenn ein höherer Bedarf vorliegt, so muß eine entsprechende Begründung der Bauverwaltung beigelegt werden. Berechtig zur Ausstellung der Verbraucher-Erklärung sind

bei Kleinvorhaben unter 5000 RM:

die örtl. Reichs- oder Landes-Bauverwaltung bzw. die Bauleitung der Waffen- und Pol.; bei lebensnotwendigen Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten bis 500 RM:

auch die Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD, Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD und die Stapo(leit)stellen, soweit sie die Baumaßnahmen in eigener Zuständigkeit ohne Beteiligung der Bauverwaltung ausführen.

b) Bei Ausnahmegenehmigungen stellt die Ausnahmebewilligung gleichzeitig die Freigabeerklärung für die Auslieferung des Zements in der darin anerkannten Höhe dar. Zur Auftragserteilung an die Verkaufsstelle oder den Händler sind dieselben Angaben erforderlich, wie für die Verbrauchererklärung vorgeschrieben. Ferner ist eine Bestätigung der Bauverwaltung beizufügen, daß sich die Anforderung im Rahmen der festgesetzten Höchstmenge hält.

c) Bei eingestuften Bauvorhaben mit Rangfolgennummer sind bei der Auftragserteilung folgende Angaben zu machen:

1. Datum der Genehmigung durch den Baubevollmächtigten,

2. Angabe der Rangfolgennummer,
3. Höhe des genehmigten Zementbedarfs,
4. Angabe des Kontingentsträgers (RF u. Chd-DtPol. — Kontingent XVIII a —).

(2) Die Auftragserteilung hat bei Ausnahmebauvorhaben sofort nach der Ausnahmebewilligung in voller Höhe des Gesamtbedarfs mit Angabe der voraussichtlichen Verteilung auf die Baumonate zu erfolgen. Der Zement darf aber erst dann abgerufen werden, wenn die Voraussetzungen für seine Verarbeitung gegeben, insbesondere Eisen und Holz vorhanden sind. Wenn kein Holz oder Eisen benötigt wird, müssen die übrigen Vorarbeiten zur Durchführung gesichert sein. Der Abruf hat im übrigen dem Baufortschritt entsprechend zu erfolgen.

(3) Die Aufteilung der vom GB-Bau zur Verfügung gestellten Zementmengen auf die einzelnen Verbraucher unterliegt ausschließlich der Entscheidung der gebietlich zuständigen Baubevollmächtigten. Dem entsprechend haben die Dienststellen ihre Zementbedarfsanforderungen für das IV. Quartal 1943 unmittelbar dem zuständigen Baubevollmächtigten des Reichsmin. Speer bis zum 1. des dem Quartal vorangehenden Monats (1. 9., 1. 12., 1. 3. und 1. 6.) nach dem hierfür festgelegten Muster (Formbl. ZZ 1142/1 [s. Anl. 2]) einzureichen. In die Anforderungen ist der gesamte Bedarf für genehmigte Baumaßnahmen im Ausnahmeverfahren, mit und ohne Rangfolgennummern, für Kleinvorhaben und für lebensnotwendige Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten aufzunehmen. Aus der Anmeldung muß ersichtlich sein, zu welchem Landeswirtschaftsamt die Baustelle gehört.

(4) Diese Regelung bezieht sich nicht nur auf das Reichsgebiet, sondern in sinngemäßer Anwendung auch auf alle eingegliederten und besetzten Gebiete, soweit Baubevollmächtigte eingesetzt sind.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 234.

Anlage 1.

LISTE

der Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer und der dafür zuständigen Zementgemeinschaften und Verkaufsstellen

Rü-In	Sitz des Baubevollmächtigten	zuständige		Bemerkungen
		Zementgemeinschaft	Verkaufsstelle	
I	Königsberg/Pr., Kaiserstr. 49; Fernruf: 46 345	Nord Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburger Platz 6—7; Fernruf: 87 92 41	Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburger Platz 6—7; Fernruf: 87 92 41	
II	Stettin, Landeshaus, Schallehnstr.; Fernruf: 25 611, 25 901	Nord	Stettin, Bollwerk; Fernruf: 25 221	
III (Stadt)	Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Str. 9; Fernruf: 39 00 16	Nord	Berlin-Wilmersdorf (siehe Rü-In I)	
III (Bln.-Brdb.)	Berlin W 35, Potsdamer Str. 188/190; Fernruf: 27 74 01, 27 71 21, 27 70 41	Nord	Berlin-Wilmersdorf (siehe Rü-In I)	
IV	Dresden A 24, Bismarckplatz 5 Fernruf: 44 481	Nord	Teplitz-Schönau, Schulgasse 2; Fernruf: 3816—17	

Rü-In	Sitz des Baubeyoll- mächtigten	zuständige		Bemer- kungen
		Zementgemeinschaft	Verkaufsstelle	
V	Stuttgart-N, Jägerstr. 15; Fernruf: 92 591/95	Südwest Heidelberg/Neckar, Rohrbacher Str. 12; Fernruf: 6641	Stuttgart, Neckarstr. 84; Fernruf: 41 344	
Oberrhein	Straßburg, Waltharistaden 21; Fernruf: 25 031/32, 25 036/37	Südwest	Heidelberg, Rohrbacher Str. 12; Fernruf: 6643	(für das Land Baden)
			Straßburg, Kinderspielgasse 49; Fernruf: 26 369	(für das Elsaß)
VI	Essen a. Ruhr, Kruppstr. 30; Fernruf: 50 871	Nordwest*) Bochum, Grabenstr. 25/29; Fernruf: 60 611	Bochum, Grabenstr. 25/29; Fernruf: 60 611	(für die Rü- Komm.VIa)
VII	München 22, Prinzregentenstr. 3; Fernruf: 23 921	Südwest (siehe Rü-In V)	Köln, Lindenstr. 20/22; Fernruf: 21 08 81	(für die Rü- Komm.VIb)
			München 15, Bavariaring 16; Fernruf: 52 121/22	
VIIIa	Breslau 13, Hohenzollernstr. 52/54; Fernruf: 38 301	Ost Oppeln, Hippelstr. 10; Fernruf: 2451	Oppeln, Hippelstr. 10; Fernruf: 2451	
VIIIb	Kattowitz, Godullastr. 20a	Ost	Kattowitz, Grundmannstr. 18; Fernruf: 34 689/90	
IX	Kassel, Kronprinzenstr. 1—2; Fernruf: 35 301	Nordwest (siehe Rü-In VI)	Bochum (siehe Rü-In VI)	(für die Rü- Komm.IXa)
X	Hamburg-Altona, Museumstr. 15; Fernruf: 43 11 81/86	Nord (siehe Rü-In I)	Halle, Martinsberg 15; Fernruf: 27 701	(für die Rü- Komm.IXb)
		Nordwest*) (siehe Rü-In VI)	Hamburg 1, Lange Mühren 9; Fernruf: 32 66 67	
XI	Hannover-1, Am Schiffgraben 6; Fernruf: 51 411	Nordwest (siehe Rü-In VI)	Hannover, Prinzenstr. 21; Fernruf: 37 641	(für die Rü- Komm.XIa)
XII	Frankfurt/Main, Adolf-Hitler-Anlage 2; Fernruf: 25 771, 30 201	Nord (siehe Rü-In I)	Halle (siehe Rü-In IX)	(für die Rü- Komm.XIb)
			Wiesbaden, Rheinstr. 38; Fernruf: 59 821	(für die Rü- Komm.XIIa)
XIII	Nürnberg, Sandstr. 34; Fernruf: 24 741	Südwest (siehe V)	Metz, Platz des Führers 2; Fernruf: 2090/93	(für die Rü- Komm.XIIb)
XVII	Wien I, Herrengasse 11—13	Südost Wien I/15, Seilerstätte 13; Fernruf: R 26 560	Würzburg, Adolf-Hitler-Str. 2; Fernruf: 5861	
XVIII	Salzburg, Chiemseehof; Fernruf: 2471	Südost (siehe Rü-In XVII)	Wien I/15 (siehe Rü-In XVII) ferner die Auftragsannahme- stellen: Graz und Kufstein	
XX	Danzig-Langfuhr, Ostseestr. 18; Fernruf: 41 254/58	Nord (siehe Rü-In I)	Stettin (siehe Rü-In II)	
XXI	Posen, Mühlenstr. 9; Fernruf: 8071	Ost (siehe Rü-In VIIIa)	Oppeln (siehe Rü-In VIIIa)	

*) Der Verkauf von Hütten-Zement in dem Gebiet der Rü-In VI und in den Kreisen Osnabrück, Wittlage und Melle der Rü-In X erfolgt durch den Hütten-Zement-Verband GmbH., Düsseldorf, Goethestr. 73; Fernruf: 60 857.

Wirtschaftliche Abfindung der Stadt- und Landwachtmänner.

RdErl. des RSHA. vom 13. 8. 1943
— VC 1 Nr. 1124/43 - 32/43 - C 1 c 1 —

(1) Die wirtschaftliche Abfindung der Stadt- und Landwachtmänner, die bei einem Fahndungsalarm gemäß Sonderfahndungsplan der Sich.Pol. u. des SD (RdErl. des RF//uChdDtPol. vom 28. 9. 1942 — S — VC 2 Nr. 241/42 g — [nicht veröffentl.]) eingesetzt werden, ist in der Dienstanweisung für die Landwacht (Anl. zum Erl. des RF//uChdDtPol. im RMdI. — O-Kdo. I O (4) Nr. 183/42 — vom 11. 8. 42 — [nicht veröffentl.]) und durch Erl. des Chefs der Ordn.Pol., betr. Aufstellung der Stadtwacht — O-Kdo. I O (3) 1 Nr. 287 II/42 vom 9. 11. 42 — (nicht veröffentl.) geregelt.

(2) Die einschlägigen Bestimmungen werden in den Anlagen A und B den Dienststellen der Sich.Pol. zur Kenntnis gebracht.

(3) Alle zu dieser Sache vorgelegten Berichte finden hiermit ihre Erledigung.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 238.

Anlage A.

Auszug aus der Dienstanweisung für die Landwacht vom 11. 8. 1942.

IX. Wirtschaftliche Abfindung.

32. Da der Dienst der Landwachtmänner ehrenamtlich ist, muß erwartet werden, daß der im allgemeinen kurzfristige Einsatz unentgeltlich geleistet wird. Wenn in Ausnahmefällen bei längeren oder schwierigen Einsätzen die Zahlung einer Vergütung für persönliche Aufwendungen notwendig ist, so erfolgt sie nach den durch RdErl. d. RMdI. vom 1. 4. 1942 (MBliV. S. 649) festgelegten Sätzen. Soweit sich dabei eine stundenweise Berechnung ergibt, erfolgt diese nach den in Abschnitt B und C dieses Erl. vorgesehenen Stundensätzen. Als Vergütungsgruppe gilt einheitlich für alle Landwachtmänner die Gruppe 2. Die Entscheidung, in welchen Fällen Vergütungen zu zahlen sind, treffen die Landräte.

Die aus Anlaß eines Einsatzes, bei Heranziehung zu Appellen und dienstlichen Besprechungen durch die Benutzung öffentlicher Fernverkehrsmittel entstehenden Fahrkosten (3. Klasse) sind den Landwachtmännern in jedem Falle zu erstatten.

Die Auslagen für die Benutzung von Straßenbahnen und ähnlichen öffentlichen Verkehrsmitteln sind in jedem Falle dann zu erstatten, wenn eine Abfindung nach dem o. a. RdErl. v. 1. 4. 1942 nicht erfolgt. Bei Abfindung nach dem RdErl. v. 1. 4. 1942 sind die etwaigen Ausgaben für Straßenbahnen usw. für Strecken unter 5 km (Hin- und Rückweg zusammen) in den Vergütungen bereits enthalten; für Strecken über 5 km können nach Abschnitt C der Anlage zu dem RdErl. v. 1. 4. 1942 darüber hinaus die entsprechenden Teile der Tagesvergütungssätze erstattet werden.

Soweit eigene Fahr- oder Krafträder im Dienst benutzt werden, ist für Wegstrecken (insgesamt) bis zu 5 km eine Entschädigung nicht zu zahlen. Darüber hinaus wird auf Antrag für jeden angefangenen Kilometer eine Entschädigung von 5 Rpf. für das Fahrrad und 10 Rpf. für das Kraftrad gewährt. Die Betriebskosten sind hierdurch abgegolten.

Da der Anspruch eines Arbeitnehmers auf das regelmäßige Arbeitsentgelt und die sonstigen Bezüge bis zu 3 Tagen aus seinem bisherigen Beschäftigungsverhältnis (s. § 5 Abs. 2 der NDVO) unberührt bleibt

und dem selbständigen Unternehmer beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Familienunterhalt (vgl. Nr. 196 des RdErl. v. 5. 5. 1942 — MBliV. S. 817) gewährt werden kann, wird Lohn- oder Verdienstausschlag grundsätzlich nicht erstattet.

33. Soweit die Landwachtmänner in Ausübung ihres Dienstes einen Personen- oder Sachschaden erleiden, finden die Bestimmungen der §§ 9 und 10 der 1. Durchführungsverordnung zur Notdienstverordnung vom 15. 9. 1939 (RGBl. I S. 1775) Anwendung.

Eingetretene Personen- oder Sachschäden sind über den Führer des Landwachtpostens sofort dem zuständigen Gendarmerieposten, der alles weitere (Tatbestandsbericht usw.) zu veranlassen hat, zu melden.

Anlage B.

Auszug aus dem Erlaß, betr. Aufstellung der Stadtwacht, vom 9. 11. 1942.

5. Da der Dienst der Stadtwachtmänner ehrenamtlich ist, ist der im allgemeinen kurzfristige Einsatz unentgeltlich zu leisten. Wird in Ausnahmefällen bei längeren oder schwierigen Einsätzen die Zahlung einer Vergütung für persönliche Aufwendungen notwendig sein, so erfolgt sie nach den durch Erlaß des Reichsministers des Innern vom 1. 4. 1942 — MBliV. S. 649 — festgelegten Sätzen. Soweit sich dabei eine stundenweise Berechnung ergibt, erfolgt diese nach den im Abschn. B und C dieses Erlasses vorgesehenen Stundensätzen. Als Vergütungsgruppe gilt einheitlich für alle Stadtwachtmänner die Gruppe 2. Die Entscheidung, in welchen Fällen Vergütungen zu zahlen sind, treffen die Polizeiverwalter.

Die aus Anlaß eines Einsatzes, bei Heranziehung zu Appellen und dienstlichen Besprechungen durch die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln entstehenden Fahrtkosten sind den Stadtwachtmännern in jedem Falle dann zu erstatten, wenn eine Abfindung nach dem o. a. Runderlaß vom 1. 4. 1942 nicht erfolgt. Bei Abfindung nach dem RdErl. vom 1. 4. 1942 sind die etwaigen Ausgaben für Straßenbahn usw. für Strecken unter 5 km (Hin- und Rückweg zusammen) in den Vergütungen bereits enthalten.

Soweit eigene Fahr- und Krafträder im Dienst benutzt werden, ist für Wegstrecken (insgesamt bis zu 5 km) eine Entschädigung nicht zu zahlen. Darüber hinaus wird auf Antrag für jeden angefangenen Kilometer eine Entschädigung von 5 Rpf. für das Fahrrad und 10 Rpf. für das Kraftrad gewährt. Die Betriebskosten sind hierdurch abgegolten.

Da der Anspruch eines Arbeitnehmers auf das regelmäßige Arbeitsentgelt und die sonstigen Bezüge bis zu 3 Tagen aus seinem bisherigen Beschäftigungsverhältnis (s. Bl. 5 Abs. 2 der NDVO.) unberührt bleibt und dem selbständigen Unternehmer beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Familienunterhalt (vgl. Nr. 196 des RdErl. v. 5. 5. 1942 — MBliV. S. 817) gewährt werden kann, wird Lohn- oder Verdienstausschlag grundsätzlich nicht erstattet.

6. Die durch die Einrichtung der Stadtwacht entstehenden Kosten werden auf den Reichshaushalt der Polizei übernommen und sind beim außerordentlichen Haushalt, Einzelplan XVII Teil V Unterteil 14 Abschnitt 1 (Polizeireserve) zu verrechnen. Die Fahrtkosten pp. sind halbmöndlich durch die zuständigen Dienststellen abzurechnen. Die Beträge sind vorschußweise durch die Ortspolizeibehörden zu zahlen und dieser nach ordnungsmäßiger Rechnungsführung und Bescheinigung der Richtigkeit durch die höheren Verwaltungsbehörden unmittelbar zu erstatten. Die staatlichen Polizeiverwaltungen verrechnen die bei ihnen anfallenden Kosten endgültig.

Einsatz
völkisch

Unt

n. v. —

(ausl. A

welche

besonde

wachun

Angehö

geschlo

welche

Septem

An die

(Kap

Vorsor

für den

RdErl.

(1)

lungsun

feindlic

der B

stellen,

scheini

Ausfer

ante, c

für A

(2)

mitglie

ren. D

und zw

Außen

(3)

Kräfte

An die

Muster

Nach

bezüge

sind. I

sie für

infolge

für die

Ihnen

Mittel

vorlieg

Besold

Grund

Ruheg

Volkst

Örtl. S

Wohn

Ausgle

.....

Kürzu

Aus

sie für den Fall, daß die Auszahlungsunterlagen der Kasse infolge feindlicher Luftangriffe verlorengehen, als Unterlage für die Weiterzahlung Ihrer Bezüge dienen kann. Soweit Ihnen über eine spätere Lohnzahlung eine neue Mitteilung zugeht, ist diese ebenfalls zusammen mit der vorliegenden Bescheinigung zu verwahren.

Lohngruppe	Stundenlohn	RM	Rpf
Lohn für Stunden		RM	
Kinderzuschlag		"	
Zuschläge für Überstunden		"	
" " Mehrarbeitsstunden		"	
" " Sonntagsstunden		"	
" " Feiertagsstunden		"	
Überstundenpauschvergrütung		"	
Krankenzuschuß		"	
Wegegeld		"	
Nachtdienstzuschlag		"	
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung		"	
zusammen		RM	

Abzüge:

Sozialversicherung	RM
Zusatz-Altersversorgung	"
Lohnsteuer	"
Eiserner Sparbetrag	"
DAF-Beitrag	"
Abschlagszahlungen	"
Überbrückungsvorschuß	"
.....	"
.....	RM
Nettobetrag	RM

....., den ... August 1943

An
Herrn
Frau

Gebührnisse der zur Wehrmacht einberufenen Angehörigen der Sich.Pol. (Dienstbereitschaftsgeld).

RdErl. des RSHA. vom 17. 8. 1943

— II C 1 Nr. 5346/43-249-2 —

Im Nachgang zum RdErl. vom 17. 6. 1942 -- II C 1 Nr. 5101/42-249-2 und 3 (Befehlsbl. S. 151):

Den ledigen Gefolgschaftsmitgliedern (Angestellten), die gem. Ziff. 3 des RdErl. des RdF. vom 12. 7. 1942 (RBesBl. S. 154) nur die Hälfte der Bezüge erhalten, kann daneben das Dienstbereitschaftsgeld nicht gewährt werden.

Zusatz für die Stapostelle Darmstadt: Zum Bericht vom 9. 7. 1943 — II C 1/43 — A —.

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.
(Kap. 14 a). — Befehlsblatt S. 240.

Wirtschaftliche Betreuung bei Verlegung von Dienststellen in Ersatz- und Ausweichunterkünfte.

RdErl. des RF//uChdDtPol. im RMdI. vom 17. 8. 1943
— S II C 1 Nr. 655/43-227-4 —

(1) Nachstehend wird ein vom RdF. herausgegebenes Merkblatt über die Regelung der Bezüge bei der Verlegung von Dienststellen vom 5. 8. 1943 bekanntgegeben mit dem Ersuchen, auch bei der Sich.Pol. entsprechend zu verfahren.

(2) Zur Durchführung wird folgendes angeordnet:
Allgemein: Wird eine Dienststelle (Kassenanschlagstelle) nicht geschlossen an einen Ort, sondern an verschiedene Orte verlegt oder bleibt die Abteilung Verwaltung zurück, so sind alle Verwaltungsgeschäfte, die nicht unbedingt am Ort der verlegten Dienststelle wahrgenommen werden müssen, weiterhin bei der Verwaltung zusammengefaßt zu lassen und von ihrem Sitz aus zu erledigen. Zur Abwicklung der an Ort und Stelle anfallenden Verwaltungsaufgaben ist ggfs., d. h. wenn die Zahl der Angehörigen der verlegten Dienststelle entsprechend groß ist oder durch die Verlegung besondere Verwaltungsaufgaben entstehen, ein Verwaltungsbeamter abzustellen. Ist dies nicht erforderlich, so ist aus den Reihen der Dienststellenangehörigen ein anderer geeigneter Beamter oder ein Angestellter zu bestimmen, der die Verbindung mit der Abteilung Verwaltung aufrechterhält und die Verwaltungsangelegenheiten der verlegten Dienststelle wahrnimmt. Damit dieser so wenig als möglich mit Verwaltungsgeschäften belastet wird, sind die Zahlungen an die Dienststellenangehörigen, wie Trennungsschädigung, Reisekosten, Notstandsbeihilfen usw. möglichst auf das Bankkonto der Empfänger zu überweisen, das sie gem. RdErl. vom 20. 1. 1943 (Befehlsbl. S. 22) zur Überweisung ihrer Gehaltsbezüge eingerichtet haben. Die Dienststellenangehörigen versorgen sich mit Geld durch Hingabe sogenannter Beamtschecks, die von der Verwaltung der verlegten Dienststelle eingelöst werden. Zu diesem Zweck hat der mit der Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte beauftragte Beamte oder Angestellte einen Handvorschuß bei der zuständigen Amtskasse zu erheben. Aus dem Handvorschuß sind gleichzeitig auch die an Ort und Stelle notwendigen Zahlungen, wie Reisekostenvorschüsse, kleinere Geschäftsbedürfnisse usw., zu bestreiten. Für die Verwaltung des Handvorschusses ist der RdErl. vom 9. 12. 1940 (Befehlsbl. S. 192) maßgebend. Die Höhe des Handvorschusses wird auf Antrag von hier festgesetzt.

Für den Fall, daß Teile einer Kassenanschlagstelle in den Bereich einer anderen Kassenanschlagstelle verlegt werden, hat die Verwaltung der örtlich zuständigen Kassenanschlagstelle der verlegten Dienststelle auf Anforderung jede Unterstützung zu gewähren; werden Teile einer Kassenanschlagstelle direkt an den Sitz einer anderen Kassenanschlagstelle verlegt, so sind die an Ort und Stelle abzuwickelnden Verwaltungsgeschäfte der verlegten Dienststelle auftragsweise von der örtlichen Verwaltung mitzu erledigen.

Zu Ziff. 1: An Stelle der örtlichen Finanzkasse tritt bei der Sicherheitspolizei die örtlich zuständige Amtskasse (Pol.Kasse, Regierungshauptkasse usw.).

Zu Ziff. 2 und 3: Die Höhe der Trennungsschädigung ergibt sich aus der Anlage 1 zu dem RdErl. vom 22. 12. 1942 (MBliV. S. 2366); sie richtet sich nach der Art der Unterbringung und Verpflegung. Die dort aufgeführten Sätze sind ohne Mehrkostennachweis zu zahlen.

Die Umzugsanordnung gilt für alle Angehörigen der verlegten Dienststellen (auch Teildienststellen) allgemein als erteilt; die Erteilung einer Umzugsanordnung im Einzelfall erfolgt nicht.

Ist aus dienstlichen Gründen eine geschlossene Unterbringung der Bediensteten notwendig, so gilt diese als von Amts wegen unentgeltlich bereitgestellte Unterkunft ohne Rücksicht auf die Art der Ausstattung usw. Ledige zahlen in diesem Fall jedoch keinen Anrechnungsbetrag für die Unterkunft oder eine Anerkennungsgeld; sie erhalten dann auch nicht die

Auslagen für die am bisherigen Dienstort beibehaltene Wohnung erstattet.

Wird volle Tagesverpflegung als Gemeinschaftsverpflegung gewährt, so gilt diese als gegen Bezahlung gewährte Polizeiverpflegung.

Wegen Zahlung des Zuschusses zur Kantinenverpflegung und der Abfindung der Kommandierten der Waffen- und Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis ist sinngemäß nach den Ziffern 10 und 12 des RdErl. vom 31. 5. 1943 (Befehlsbl. S. 184) zu verfahren.

Die für ledige Beamte in besonderen Ausnahmefällen vorgesehene Weitergewährung des bisherigen Zahlbetrages hat lediglich die Wahrung des bisherigen Besitzstandes zum Ziel. Unter Zahlbetrag ist hierbei der bisher nach Abzug der Gehaltskürzung verbliebene Betrag (Bruttobetrag) zu verstehen. Zu den Nebenleistungen gehören auch die den ledigen Beamten zu erstattenden Auslagen für die Wohnung am bisherigen Dienstort.

Bei Erhöhung der Dienstbezüge durch Aufrücken im Grundgehalt usw. ist der für den neuen Dienstort einschließlich der Nebenleistungen zustehende Betrag dem bisherigen Zahlbetrag erneut gegenüberzustellen, um die günstigere Abfindung zu ermitteln. Der bisherige Zahlbetrag ist hierbei unverändert, d. h. ohne Berücksichtigung einer durch das Aufrücken im Grundgehalt usw. etwa bedingten Änderung in Ansatz zu bringen.

An die Kassenanschlagstellen der Sich. Pol.
— Befehlsblatt S. 240.

Anlage:

Merkblatt

über die Regelung der Bezüge bei der Verlegung von Dienststellen in Ersatzunterkünfte und Ausweichunterkünfte.

1. Dienstbezüge.

Bei Behördenbediensteten, die ihre Bezüge bisher auf ein Bankkonto oder auf ein Postscheckkonto überwiesen erhalten haben, ändert sich an der bisherigen Auszahlungsweise durch eine Verlegung der Dienststelle nichts. Der Behördenbedienstete kann bei der örtlichen Finanzkasse des neuen Dienstorts durch Beamtscheck Geld abheben. Beamtscheck ist ein Scheck, durch den über Guthaben auf dem Konto verfügt wird, auf das regelmäßig das Gehalt überwiesen wird.

Behördenbedienstete, die ihre Bezüge bisher in bar von der Zahlstelle des Reichsfinanzministeriums erhalten haben, erhalten die Bezüge künftig in bar von der Finanzkasse, die für ihren neuen Beschäftigungsort zuständig ist.

2. Reisekosten und Umzugskosten für die Beamten.

Für die Beamten gelten ausschließlich die allgemeinen Bestimmungen des Reise- und Umzugskostenrechts. Daraus ergibt sich im einzelnen:

- a) Die Verlegung einer Dienststelle in eine Ersatzunterkunft innerhalb desselben Gemeindebezirks hat keine finanziellen Auswirkungen.
- b) Bei der Verlegung einer Dienststelle in eine Ersatzunterkunft außerhalb des Gemeindebezirks oder in eine Ausweichunterkunft, bei der dem Beamten eine tägliche Rückkehr an seinen Wohnsitz zugemutet werden kann, gilt Nr. 3 der Abordnungsbestimmungen (Fahrtauslagenersatz und gegebenenfalls Verpflegungszuschuß).

- c) Bei der Verlegung einer Dienststelle in eine Ersatzunterkunft oder Ausweichunterkunft, von der aus dem Beamten nicht zugemutet werden kann, täglich nach Hause zu fahren, gelten alle Beamten reisekostenrechtlich und umzugskostenrechtlich als an den neuen Dienstort versetzt.

Verheiratete und diesen in vollem Umfang gleichgestellte Beamte (Hinweis auf Nr. 6 Absatz 1 der Abordnungsbestimmungen) werden aus Gründen der Wohnungsnot ihren Hausstand nicht nach dem neuen Dienstort verlegen oder dort einrichten können. Sie erhalten in diesem Fall Trennungsschädigung, auch dann, wenn die Wohnung am bisherigen Dienstort zerstört ist oder freiwillig aufgegeben worden ist. Ledige Beamte erhalten nur die Auslagen für ihre Wohnung am bisherigen Dienstort erstattet.

Die verheirateten Beamten erhalten, solange sie nicht an den neuen Dienstort umgezogen sind, Wohnungsgeldzuschuß nach der Ortsklasse des bisherigen dienstlichen Wohnsitzes. Das gilt bis auf weiteres auch, wenn die Familie des Beamten nach einem Zwischenwohnsitz umgesiedelt ist.

Die ledigen Beamten erhalten Wohnungsgeldzuschuß nach der Ortsklasse des neuen Dienstortes. Für ledige Beamte, die einen eigenen Hausstand haben, gilt dasselbe wie für verheiratete Beamte.

Beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann — auch für möblierte Zimmer — zum Wohnungsgeldzuschuß ein außerordentlicher Zuschuß gewährt werden (Hinweis auf RBB. 1942 S. 145).

Es kann nur in besonderen Ausnahmefällen vorkommen, daß sich einschließlich der Nebenleistungen ein niedrigerer Betrag ergibt als derjenige, der dem Beamten bisher ausgezahlt worden ist. In einem solchen Ausnahmefall verbleibt es bei dem bisherigen Zahlbetrag.

Die Reise an den Ort einer Ersatzunterkunft, die außerhalb des Gemeindebezirks des Dienstortes liegt, oder an den Ort einer Ausweichunterkunft gilt reisekostenrechtlich als Versetzungsreise. Für die ersten sieben Tage des Aufenthalts am neuen Dienstort wird volles Tage- und Übernachtungsgeld gewährt.

3. Reisekosten und Umzugskosten für Angestellte und Arbeiter.

Für Angestellte und Arbeiter gilt mit den aus der Tarifordnung oder aus der Dienstordnung sich ergebenden Abweichungen das gleiche wie für die Beamten.

Ledige Angestellte unter 25 Jahren, die nicht mehr bei den Eltern oder bei nahen Angehörigen wohnen können und ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus ihren Dienstbezügen bestreiten müssen, können ggfs. zu den tariflichen Bezügen einen außertariflichen Zuschuß erhalten (Hinweis auf RBB. 1941 S. 99).

4. Familienunterhalt.

Wenn die Familie des Behördenbediensteten ihre Wohnung durch Fliegenschaden verliert oder wenn sie umquartiert wird, werden die dem Behördenbediensteten zustehenden Bezüge (einschließlich Trennungsschädigung) auf die ggfs. zu gewährenden Familienunterhaltsleistungen angerechnet.

Verschiedenes

Wellblechgarage.

RdErl. des RSHA. vom 29. 7. 1943
— II C 3 Nr. 319/43-270 —

Die durch RdErl. vom 8. 6. 1943 (Befehlsbl. S. 186) angebotene Wellblechgarage wurde der Stapoleitstelle Danzig für die Ad.-Stelle Konitz zugewiesen.

An die Geheime Staatspolizei. — Befehlsblatt S. 242.

Unterkunftsheim bei der Dienststelle des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD Ostland.

RdErl. des RSHA. vom 17. 8. 1943
— I Org. Nr. 444/43-151 —

Der Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD — Ostland — hat in Riga, Hermann-Göring-Str. 19, ein Unterkunftsheim für durchreisende // - Führer, // - Unterführer, // - Männer und Frauen eingerichtet. In diesem Unterkunftsheim haben alle durchreisenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD Gelegenheit, zu wohnen. Die Durchreisenden haben sich bei dem Verwalter des Heimes zu melden.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 242.

Verlust von Ausweisen.

Uniformausweis Nr. 77 363, ausgestellt vom BdS. Prag für Kraftfahrer Robert Bendel, geb. 3. 4. 1912 (I. A 5 d Az. 199).

Vorläufiger // - Ausweis Nr. VIIA. 1817, ausgestellt für den Kriminal-Angestellten Alexander Weich, geb. 11. 12. 1891 (I A 5 d Az. 5329).

Dienstausweis Nr. 14 032/43, ausgestellt für // - Untersturmführer Eberhard Büttner (I A 5 d Az. 6919).

Die Ausweise werden für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um Übersendung an das RSHA. — I A 5 — zu dem jeweils in () angegebenen Aktenzeichen gebeten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt 1943 S. 242.

Anschriftenänderung.

In Abänderung der Veröffentlichung vom 14. 8. 1943 (Befehlsbl. S. 228) wird folgende neue Anschrift und Fernruf mitgeteilt:

Kriminalpolizeileitstelle Hamburg:
Hamburg, Oberstr. 128,
Fernruf: 52 50 82, App. 2723 u. 2724.

I Org. Nr. 422/43-168-25. — Befehlsblatt 1943 S. 242.

Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD.

Zum RdErl. des RSHA. vom 14. 5. 1943
— II A 1 Nr. 900/42-151 —

Abschnitt III

✓ Seite 2 (Beauftr. Brüssel) Anschrift ändern: Avenue Louise 453 in Avenue Louise 347.

✓ Seite 8—10 (BdS Paris) Kopf der Spalte 2 ändern: Zugehörige Außenkommandos in Zugehörige Außendienststellen.

✓ Seite 10 Bei E.Kdo Lyon über ADSt Gex hinzufügen: Bourg.

Abschnitt V

✓ Seite 10 (St Dortmund) bei StADSt Hagen Anschrift und Anruf ändern in: Körnerstr. 24 — Anruf: 24 456.

✓ Bei StADSt Siegen Anschrift ändern in: Unteres Schloß (Landgerichtsgebäude) — Anruf: 2474 (ab 19 Uhr: 4764).

✓ Seite 13 (St Frankfurt a. M.) In Spalte Außendienststellen einsetzen: Wetzlar, Hauser-Tor-Str. 42 — Anruf: 2539.

✓ Seite 28 (St Klagenfurt) beim Leiter streichen: Dr. Weimann, dafür setzen: Dr. Christmann.

✓ Seite 49 (St Saarbrücken) bei StADSt Neustadt a. d. Weinstr. streichen: KK Käppel, dafür setzen: KK Lickleder.

Abschnitt VI

✓ Seite 27 (KPSt Hohensalza) beim Leiter streichen: // - Bewerber Krim.Rat Linthe. — Bei Gem.K Kutno Anschrift ändern in: Rathausstr. 1 — Anruf: 162.

✓ Seite 46 (KPSt Oppeln) beim Chef streichen: Vor Polizeidirektor den Buchstaben „k“.

✓ Seite 47 (KPLSt Posen) beim Chef streichen: -Brigf. Pol.Präs. Freiherr von Malsen-Ponikau, dafür setzen: Oberst der Schutzpolizei kom. Pol.Präs. Montua.

✓ Seite 54 (KPSt Saarbrücken) beim Leiter streichen: // - Stubaf. Krim.Rat Waldemar Krause, dafür setzen: Krim.Dir. Dingermann.

✓ Seite 65 (KPLSt Wien) bei KA Znaim (Leiter) ändern: KS in KOS.

Abschnitt VII

✓ Seite 2 (SD-LA Berlin) Unter SD-AST Templin hinzufügen: Wittenberge, Rathausstr. 3 — Anruf: 348.

✓ Seite 11 (SD-A Frankfurt a. M.) Unter SD-AST Aschaffenburg hinzufügen: Bad Wildungen, Orthenbergstr. 15 — Anruf: 101.

✓ Seite 34 (SD-A Weimar) hinter Fernschreiber streichen: (über Stapo Weimar), bei SD-HAST Jena streichen: // - H'stuf. Keßler (i. V.) dafür setzen: // - O'Stubaf. Pol.Dir. Schulze.

✓ Neue Anschriften: SD-AST Gera: Zeppelinstr. 2 (Landgericht); SD-AST Greiz: Brauhausgasse 7; SD-AST Heiligenstadt: Kasseler Tor 7; SD-AST Meiningen: Bismarckstr. 6; SD-AST Rudolstadt: Straße der SA 40; SD-AST Sangerhausen: Hüttenstr. 24 — Anruf: 856; SD-AST Sonneberg: Köppelsdorfer Str. 86 — Anruf: 2368.

✓ Bei SD-AST Sondershausen hinzufügen: Anruf: 170.

✓ Unter SD-AST Sonneberg hinzufügen: Suhl (Thür.), Rüssenstr. 2 — Anruf: 2663.

✓ SD-AST Zella-Mehlis mit Anschrift und Anruf streichen.

✓ Seite 36 (SD-A Zichenau) In Spalte Außendienststellen einsetzen: Mielau, Erich-Koch-Str. 3 — Anruf: 148.

✓ Unter Ostenburg setzen: Plöhnen, Pultusker Str. 16 — Anruf: 50.

✓ SD-AST Ostenburg, Praschnitz und Sichelberg mit Anschrift und Anruf streichen.

Abschnitt X

- Seite 2 Am Schluß des Buchstaben „B“ hinzusetzen:
Bad Wildungen SD-ASt VII 11.
Bourg ADSt III 10.
- Seite 7 Unter Miellau hinzusetzen: SD-ASt VII 36.
- Seite 8 Bei Ostenburg streichen: SD-ASt VII 36.
Unter Plöhnen hinzusetzen: SD-ASt VII 36.
Bei Praschnitz streichen: SD-ASt VII 36.

Seite 9 Sichelberg SD-ASt VII 36 streichen.

Seite 10 Bei Suhl hinzusetzen: SD-ASt VII 34.

Seite 11 Unter Wetzlar hinzusetzen: StADSt V 13.

Unter Wittenberge hinzusetzen: SD-ASt VII 2.

Seite 12 Am Schluß des Buchstaben „W“ hinzusetzen:
Wildungen, Bad, SD-ASt VII 11.

Bei Zella-Mehlis streichen: SD-ASt VII 34.

An Sich. Pol. u. SD. — Befehlsblatt 1943 Nr. 39 S. 242.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Versetzt: Krim.Komm. Kunze zur KPLSt. Berlin.

Abgeordnet: ~~SS~~-Sturmchefführer Reg.Rat Baatz zur
EGr. A u. mit der Führung des Ekdo. 1 (Gatschina)
beauftragt.

Die Kommandierung des ~~SS~~-Obersturmführers
Dr. Kunz (~~SS~~-Führungshauptamt — Sanitäts-
wesen —) als leitender Zahnarzt zum RSHA. ist
aufgehoben. An seine Stelle ist der ~~SS~~-Hauptsturm-
führer d. R. Otto Menzel als leitender Zahnarzt
zum RSHA. kommandiert.

Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.

Ernannt zum Pol.Insp.: ~~SS~~-Untersturmführer Pol.Ob.-
Schr. Sterk (Kdr. Warschau).

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Urban (Kdr. Lemberg) n.
Breslau; die ~~SS~~-Obersturmführer Pol.Insp. Bade-
kow (Kdr. Lemberg) n. Stuttgart u. Kuhlmann
(Kdr. Krakau) n. Düsseldorf.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Rat: Krim.Komm. Dr. Kaiser
(Linz);

zu Pol.Insp.: ~~SS~~-Hauptscharführer Pol.Insp.Anw.
Müller (Düsseldorf), ~~SS~~-Sturmscharführer Pol.-
Schr. Fauser (Wien), ~~SS~~-Bewerber Pol.Schr.
Grüner (Prag), Pol.Schr. Wittke (Posen);
zum apl. Pol.Insp.: ~~SS~~-Hauptscharführer Pol.Insp.-
Anw. Höbel (Hannover).

Versetzt: ~~SS~~-Hauptsturmführer Krim.Rat Otten (Bre-
men) zum RSHA.-VI;die Pol.Ob.Insp. Lenk (Litzmannstadt) n. Linz u.
Lischka (Breslau) zum Kdr. Lemberg;

~~SS~~-Obersturmführer Pol.Insp. Kramer (Stuttgart)
zum Kdr. Lemberg, die Pol.Insp. Janke (Linz) n.
Oppeln u. Lange (Berlin) zum RSHA.

Abgeordnet: ~~SS~~-Sturmchefführer Reg.Rat Dr. Finn-
berg (Breslau) als Untersuchungsführer zum Insp.
Hamburg, ~~SS~~-Sturmchefführer Reg.Rat Vollmer
(Trier) n. Chemnitz u. m. der Leitung der Stapo-
stelle beauftragt.

— Befehlsblatt 1943 S. 243.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 40

Berlin, den 28. August 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Paul Gasser, SS-Untersturmführer, SD-Leitabschnitt Wien, im Oktober 1941

Fritz Wohlfahrt, Staffel-Rottenführer, SD-Abschnitt Saarbrücken, im Juni 1943

Emil Fritsche, Dr., SS-Unterscharführer, SD-Abschnitt Bayreuth, im Januar 1943

Erhard Böhm, SS-Untersturmführer, SD-Leitabschnitt Breslau, im Juli 1943

Hans Jacobi, Kriminalsekretär, Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder, im Juli 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Franz Mackner, SS-Unterscharführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie im Reichssicherheitshauptamt, im Juni 1943

Alfons Willems, SS-Bewerber, SD-Abschnitt Köln, im Juli 1943

bei feindlichen Terrorangriffen auf das Reichsgebiet:

Heinrich Tillmann, Kraftfahrer, Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, im Juni 1943

Willi Böllhof, SS-Hauptscharführer, SD-Abschnitt Köln, im Juli 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Obergruppenführer und General der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 17. 8. 43 Mitteilungen zur Kriegsfahndung. S. 246.

Verschiedenes. RdErl. 19. 8. 43 Wohnungsfürsorge. S. 246. — Sicherstellung von Uniform- u. Ausrüstungsstücken. S. 246. — Berichtigung. S. 246.

Personalmitteilungen. S. 246.

Sicherheitspolizei und SD

Mitteilungen zur Kriegsfahndung.

RdErl. des RSHA. vom 17. 8. 1943

— V C 1 Nr. 1193/42 (Tgb.-Nr. 903/43 — C 1 b) —

(1) Auf die in der Sonderausgabe zum Deutschen Kriminalpolizeiblatt vom 19. 8. 1943 Nr. 4665 b abgedruckte Anweisung des RF//uChdDtPol. betr. „Maßnahmen zur Erfassung abwandernder ausländischer Arbeiter nach Luftangriffen“ — S V Nr. 903/43 — C 1 b — vom 17. 8. 1943 und deren Befolgung wird hiermit hingewiesen.

(2) In diesem Zusammenhang wird eine Zusammenstellung der bisher gemäß RdErl. des RF// vom 5. 12. 1942 (Kriegsfahndungserlaß) als „Mitteilungen zur Kriegsfahndung“ ergangenen Ver-

öffentlichungen in den Sonderausgaben zum Deutschen Kriminalpolizeiblatt bekanntgegeben:

Sonderausgaben vom 9. 2. 1943 Nr. 4504 a; 12. 3. 1943 Nr. 4531 a; 16. 3. 1943 Nr. 4534 a; 10. 4. 1943 Nr. 4556 a; 27. 4. 1943 Nr. 4569 a; 5. 5. 1943 Nr. 4575 b; 6. 5. 1943 Nr. 4575 b; 6. 5. 1943 Nr. 4576 a; 22. 5. 1943 Nr. 4590 a; 8. 6. 1943 Nr. 4604 b; 17. 6. 1943 Nr. 4611 a; 19. 6. 1943 Nr. 4613 a; 24. 6. 1943 Nr. 4617 a; 26. 6. 1943 Nr. 4619 a; 1. 7. 1943 Nr. 4623 b; 5. 7. 1943 Nr. 4626 a; 7. 7. 1943 Nr. 4628 a; 19. 7. 1943 Nr. 4638 a; 21. 7. 1943 Nr. 4640 a; 21. 7. 1943 Nr. 4640 b; 26. 7. 1943 Nr. 4644 a; 28. 7. 1943 Nr. 4646 a; 31. 7. 1943 Nr. 4649 a; 5. 8. 1943 Nr. 4653 a; 13. 8. 1943 Nr. 4660 a; 17. 8. 1943 Nr. 4663 a und b.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 246.

Verschiedenes

Wohnungsfürsorge.

RdErl. des RSHA. vom 19. 8. 1943

— II C 3 Nr. 1309/42 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 5. 11. 1942 (Befehlsbl. S. 245) werden nachstehende Wohnungstauschgesuche bekanntgegeben:

134. Gesucht wird 2½—3-Zimmerwohnung möglichst mit Bad und Zentralheizung in Dresden. Geboten wird 2½-Zimmerwohnung mit Zentralheizung, Bad und eingebauter Küche in Litzmannstadt.

135. Gesucht wird 4-Zimmerwohnung in Gotenhafen/Adlershorst. Geboten wird 2-Zimmerwohnung mit Bad in Berlin.

136. Gesucht wird 3—4-Zimmerwohnung mit Bad und Zentralheizung in Berlin oder Umgegend. Geboten wird 4-Zimmerwohnung mit Wohnküche, Bad, Telefon und Mansarde in Bremen, monatliche Miete 95 RM, zuzgl. 25 RM für Heizung in den Wintermonaten.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 246.

Sicherstellung von Uniform- und Ausrüstungsstücken.

Beim Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD in Stettin wurden am 16. 7. 1943 vom Kommando der Bahnschutzpolizei Stettin Uniform- und Ausrüstungsgegenstände eines unbekannten SD-Angehörigen abgegeben. Die Gepäckstücke hatten seit über 3 Monaten auf der Gepäckauffbewahrungsstelle des Stettiner Hauptbahnhofes gelagert. Die Ermittlungen nach dem Empfangsberechtigten blieben bisher erfolglos. Die Uniform- u. w. Stücke werden beim Inspekteur in Stettin abholbereit gehalten. Im Falle der Abholung ist hierüber dem RSHA. — II. C 10 — kurz Mitteilung zu machen.

(II C 10 — W/Fi)

— Befehlsblatt 1943 S. 246.

Berichtigung.

In dem RdErl. vom 15. 6. 1943, betr. weibliches Fernschreibpersonal (Befehlsblatt S. 194), muß es im Abs. (7) Zeile 4 statt „II D 2“ richtig „I A 2 b“ heißen.

— Befehlsblatt 1943 S. 246.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Beauftragt: //Sturmabführer Reg.Rat Suhr, abgeordnet zum BdS. Kiew, mit der Führung des Sonderkommandos 6.

Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Reg.Rat: //Hauptsturmabführer Reg.Ass. Brandt (Insp. Königsberg).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Reg.u.Krim.Rat: //Sturmabführer Krim.Dir. Otto (Nürnberg).

Versetzt: //Sturmabführer Reg.Rat Weygandt (Düsseldorf) nach Dresden unter gleichzeitiger Abordnung als Pers.Referent zum Insp. Dresden.

— Befehlsblatt 1943 S. 246.